INTERIM
auswärts
2,50 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2 DM
AMERIKA
Nr. 79
16. Nov. 89

VW: <die Aktien steigen>

Jenseits von Wiedervereinigungsgedöns und neu-erwecktem Metropolengesabbel stellen sich durch die veränderte Situation viele Fragen (nicht unbedingt neue), die ein düsteres Zukunftsbild an die Wand malen: Wie werden die Kauf- und Konsumbedürfnisse befriedigt, welche neuen Läden, Spielhöllen und Sexshops werden wie blöd aus dem Boden sprießen. Abgesehen von den Bürogebäuden und Unterkünften von den Berteibern der nun verstärkt anlaufenden Joint Ventures. Wie umgehen mit den Plätzen und Straßen, die über Nacht zu Verkehrsknotenpunkten wurden. Hieß Umstukturierung bislang teure Schicki-Micki-Läden und Kneipen für die Yuppies, 36 als Experimentierfeld einer Multikulturellen Gesellschaft, so sind diese Umstrukturierungsbereiche in Anbetracht der neuen Dimension fast bedeutungslos. Ob wir auf diese Küchentisch-Horrorvision eine adäquate politische Antwort finden? Ein Aufruf zu mehr Gewaltbereitschaft kann es wohl kaum gewesen sein, GenossInnen. Mehr dazu auf den folgenden Seiten.
Verwiesen sei hier auch auf den Artikel zum sozialdemokratischem Modell der Eroberung des Ostens in der November Konkret, der aus Platzgründen raus fiel.
Am Sonntag dann die Demo um gemeisam unsere Position zu dem "Weltereignis" rüberzubringen. Das hat leider nicht so ganz geklappt, weil wir nicht genug Flugblätter hatten und ein paar Redebeiträge über Lautsprecherwagen wären auch toll gewesen. Aber die Zeit war zu knapp. Weitere Punkte dazu erwähnt ein Text, der auf Seite 5 kommt.
Die Flugis zur Jüteborger/Nostizstr. haben wir in den Ordner gepackt, weil wir nicht den Einblick haben, und uns das Ganze doch etwas nach Schlammschlacht vorkam. Solidarität scheint dabei zur Phrase zu verkommen.
Viele Papiere sind aus Platzmangel im Ordner gelandet. Sorry, aber wir mußten Prioritäten setzen, versuchen aber Einige in den nächsten Wochen unterzubringen.
Außerdem noch eine erfreuliche Nachricht: Die Kündigung der Kneipe Abendrot ist zurückgezogen worden; ein Papier dazu sollen wir noch bekommen. Einen ERfolg dieser Art müssen wir bei der Backsteinfabrik erst noch erkämpfen, mehr dazu im Heft.

IM ORDNER:

Flugis zur Jüte + Nostizstr.
Papier zur Marxismus Rezeption
Zum schwarz-roten Kainkalenda
Häuserkampf in A-dam/NL
Vorbereitungspapiere zum rad. Linken Treffen am 18.11
Vorbereitungspapier zum Antiimp Kongress

Und eure Zusendungen bitte wie immer an: die Interim in der Gneisenaustr. 2a in 1/61

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



BERLIN IST WIEDER BERLIN

DIE REICHSGRÜNDUNG 1871

Anstelle einer Analyse:
"Hinter der Postenkette standen die dichten Massen und reckten die Hälse.Da plötzlich-eine Rauchwolke-sie kommen!Sie kommen!Und im selben Augenblick waren die Soldaten übergerannt,undin wildem Getümmel stürzten die Weiber und Kinder mit tollem Jauchzen auf den ankommenden Zug,zwischen die Wagen,auf die Trittbretter,in die Wagen- die Männer heraus,alles in einem großen unentwirrbaren Knäuel.Das war ein Geherze und Geküsse.(..)Die Offiziere ließen das eine ganze Weile sich austoben.Dann wurde das Bataillon formiert und sollte vors Schloß marschieren und vor dem alten Kaiser defilieren.Aber,du lieber Gott!Es ging sehr unmilitärisch zu!"
(S.Hensel:Ein Lebensbild...Berlin 1903)

Aber schon 1872:
"Berlin wird Weltstadt!"ist eine Bemerkung,die man in und außerhalb Berlins täglich zu hören bekommt."Berlin ist Weltstadt!" wäre richtiger,denn nur eine Weltstadt kann all den Glanz und das Elend,den höchsten Reichthum und die tiefste Armuth,die raffinierteste Schwelgerei und das Hungern bis zum Verhungern dem Auge des Beobachters dicht und unvermittelt nebeneinander darbieten.Die neue Kaiserherrlichkeit hat Berlin auf den Gipfel seines Glanzes und seines -Elends gebracht."

Nutznießer gabs auch:
"Der Exkommunist Herr Miquel,jetzt Reichstagsabgeordneter und früher Bürgermeister,hat die letztere Stelle mit der eines benannten Gesellschafters bei der Berliner Disconto-Gesellschaft vertauscht.Die genannte Gesellschaft treibt Geldgeschäfte im Großen und da nun einmal "Jobbern" und "Gründen" ein sehr einträgliches Geschäft ist,das ohne viel Mühe und ohne Gefahr für die Unternehmer großen Verdienst abwirft,so hat die Gesellschaft bei ihrem letzten Jahresabschluß einen Profit von 5 Millionen Thaler gemacht."
(Der Volksstaat,3.8.1872)

WAS WOLLEN WIR DAMIT SAGEN?

Das BRD-Kapital wird in einigen Jahren nicht nur Westeuropa (E 92),sondern auch unumschränkt die heutige DDR (in Abstufungen auch Polen usw)dirigieren.Die genaue staatsrechtliche Konstruktion dafür,ob nun Konföderation oder Wiedervereinigung oder was auch immer,spielt dabei nur ne nachrangige Rolle.Wer da Hoffnungen auf die Entwicklung hin zu einem "Sozialismus mit menschlichen Zügen" oder sowas hat,die ist einE TräumerIn.Allein der Hinweis von DDR-Genossen,daß wohl die meisten DDR-Bewohner sich die rund 50 MRD DM Auslandsverschuldung "ihres"Landes lieber mit "marktwirtschaftlichen Zugeständnissen" vom BRD-Kapital begleichen lassen wollen als sie zu Weltmarktbedingungen abzuschuften,dürfte schon fast genügen.
Für uns heißt das jedenfalls erstmal:Der BRD-Imperialismus wird nochmal einen Sprung nach vorn machen,alte Souveränitätsbeschränkungen(Atombombe usw)heftigst abschütteln und wohl auch bald mal die Alliierten rauswerfen wollen.Konkret können wir uns dann überlegen,ob wir z.B.die Wohnungsnot hier gegen die Alliierten kehren wollen und damit vielleicht ein paar leichte Erfolge abfallen,oder ob wir uns nicht besser auf den Kampf gegen die Nutznießer der neuen Reichsgründung konzentrieren.

BERLIN IST WIEDER BERLIN

titelte die BZ letzte Woche,und Momper phantasiert von einer 5-Millionen-Metropole.Die Grundstücksspekulation rund um Berlin floriert derweil schon wieder:"Auf zwei Meilen (15,6 Kilometer) im Umkreis von Berlin ist sämtliches Land in die Hand von Baustellenspekulanten übergegangen...",klagte nach der ersten Reichsgründung 1872 der preußische Statistiker Ernst Engel,und so ähnlich gehts laut Tagesspiegel jetzt bereits wieder los.
Eine sehr wichtige Rolle in den Metropolenvisionen von Bonzen und Politikern spielen die grünalternativen Politstrategen und Publizisten,die jetzt die Einwände gegen die kapitalistische Zurichtung der Stadt zerstreuen sollen:
"Berlin ist über Nacht zur Metropole geworden.Das ist ein ganz anderes Berlin,als wir es gewohnt sind;das ist die Wiedergeburt jener metropolen Hektik,die wir bislang nur im Urlaub in Rom,Paris oder New York bewundern durften(...).Die total verstopfte Innenstadt,die zweitaktverpestete Luft und die zum Teil schon leergekauften,überlasteten Geschäfte und öffentlichen Institutionen haben eine Fülle von ökologischen und strukturellen Problemen offenbart,die auf diese Stadt zukommen -der Lust an dieser großen Veränderung tut das indes keinen Abbruch",
fabuliert G.Nowakowski in der taz vom 13.11.Die Umweltsenatorin Schreyer und ihr Staatssekretär werden da schon konkreter:Für die "Funktionen einer Dienstleistungsmetropole" müssen natürlich "mehr Flugbewegungen","bauliche Verdichtung" des zentralen(=Tiergarten-)Bereichs und mehr "Bauten für den gewerblichen und Dienstleistungsbereich " her,d.h.Wolkenkratzer für Banken.Auf keinen Fall darf West-Berlin einen "ökologischen Schutzwall" errichten oder sich als "öko-Idyll abkoppeln",meint Schreyer.

Das ist genau der Punkt,wo wir ansetzen müssen:Wenn es irgendwo nennenswerte Reibungsverluste auf dem Weg zur grün-orangenen High-tec-Metropole geben wird und wenn wir als autonome Linksradikale irgendwie auch nur ansatzweise aus unserer momentanen Isolation in der Stadt rauskommen können,dann nur in der öko-Problematik in all ihren Teilbereichen.
Schafft zwei,drei,viele Kubat-Dreiecke jetzt!!!

KREUZBERG WIRD INNENSTADT

,und was damit auf uns zukommt,kann wohl noch keiner abschätzen.Der grün-orange Vordenker Wulf Eichstädt zum Beispiel hat bereits ein Szenario für "Berlins Stadtentwicklung nach dem Fall der Mauer" entworfen(taz11.11.)und sieht für all die neuen Käufer schon wieder das riesige alte Wertheim-Kaufhaus am Moritzplatz neu erstehen,und man hört förmlich überall die Grundstückspreise nach oben tickern.Wenn bisher mit Rücksicht auf die geostrategische Lage West-Berlins ein Kübel in der O-straße und fast schon das Husten in der Wrangel durch die Weltpresse ging,wenn hier Lokal- und Weltpolitik öfter mal zusammenfielen,dann hats damit bald ein Ende.Eine Metropole,die nicht mehr Feuerwehrgelder für hunderte von "Sozial"-Projekten aus Bonn bezieht,sondern im freien Standortpoker um Banken und Bonzen jeden Preis zahlt,veranstaltet in ihren Innenbezirken Umstrukturierungen ganz anderen Kalibers als bisher.Wer sich das mal plastisch vorstellen will,kann sich Hamburg,aber besser noch London oder Barcelona als Beispiele anschauen.Gegen eine derart gestärkte kommunale Zentralmacht hilft jedenfalls eines weniger denn je:Gewaltfreiheit.

Gegen den absehbaren umfassenden Angriff der Spekulanten,Bonzen und Stadtplanern jeder Couleur auf Kreuzberg müssen wir mehr denn je die umfassende Selbstorganisierung mit Gewaltandrohung von unten organisieren.

Avanti popolo

ZUR SONNTAGSDEMO AUF DEM KUDAMM

Wenn ich das recht sehe, haben wir am Sonntag Abend auf dem Ku-Damm folgendes deutlich gemacht: 1. Wir wollen keine Bonzen, weder hier noch drüben, wir wollen Volksherrschaft: Kein Kohl, kein Krenz, kein Daimler Benz! 2. Wir warnen die Ost-Besucher vor dem Freiheitsgedöns des Westens: Die Freiheit, die sie meinen, ist die der Deutschen Bank - und wir warnen sie vor der Geschäftigkeit oder besser Geschäftstüchtigkeit von Kaiser's bis MacDonald, von Schering bis Philipp Morris und Schultheiss. Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt. 3. Uns ist eine internationale Solidarität allemal wichtiger als gesamtdeutscher Gefühlsdusel: Für die Dritte Welt - Begrüßungsgeld! und wir wenden uns gegen neofaschistische Tendenzen, die wir von unseren Landsleuten kennen und bei manchen DDRlern vermuten: Ausländer bleiben, Nazis vertreiben! Kein Kohl, kein Krenz, kein Großdeutschland!

Die Stimmung war ausgezeichnet, wir waren nicht zu überhören und zu übersehen. Die Demo war die richtige Reaktion auf manches, bei dem uns dieser Tage kotzübel war. Ich denke deshalb, wir sollten die nächsten Wochenenden uns mit den gleichen Themen wieder und noch mehr bemerkbar machen.

Wir hatten wohl selten so viele Zuschauer und -hörerInnen. Ich hatte den Eindruck, sie waren unsicher, aber hellwach, sie hörten äußerst interessiert hin. Sie hatten eben (noch?) keine BZ im Kopf. Wir hatten sie aufgefordert, mitzudemonstrieren, aber - so meine These - unser eigenes Verhalten hat das für sie nahezu unmöglich gemacht. Dazu ein paar Bemerkungen.
Klar, wir wissen, daß die Bullen sich wenig vom Stasi unterscheiden, ja daß sie im Prügeln Weltmeister sind. Aber können die BesucherInnen aus der DDRdas auch so sehen? Eben noch sind sie dem freundlichen 'Schutzmann' begegnet, der ihnen den Weg erklärt hat. Wir haben da unheimlich schnell eine haßerfüllte Militanz drauf, die auf Außenstehende unverständlich und abschreckend wirkt. Er/Sie will sich doch nicht in eine Auseinandersetzung hineinziehen lassen, wo er/sie garnicht versteht, um was es geht. Gerade waren sie selber das erste Mal in ihrem Leben auf die Straße gegangen, ob mit Kerzen oder Transparenten. Wollen wir sie mit unserer (manchmal geradezu schon ritualisierten) Militanz in die Arme der BZ treiben, die ja schon lange weiß, was von"den Chaoten" zu halten ist - oder zurück hinter den Fernseher, wo man so schön ('in der ersten Reihe') das Weltgeschehen verfolgen kann und von all den netten Leuten gesagt bekommt, was man davon zu halten hat? Oder wollen wir uns selber zu einer Exotenvorführung verniedlichen, die halt auch zum Ku-Damm gehört wie die Schaufenster und die Cafés? Unsere politische Wirksamkeit entspräche dann schnell der der Kängurus im Zoo.
Ich verstehe auch nicht, was unsere Inhalte mit Mao zu tun haben, den wir da mitgeschleppt hatten, aber vielleicht können die entsprechenden GenossInnen den Rest der Menschheit darüber mal aufklären.
Das allgemeinere Problem: "Die Roten" - das sind für die Leute aus der DDR die Machthaber,arrogant und zynisch, besserwisserisch und unterdrückerisch. Wir verbinden mit Rot gewiß ganz andere Dinge: das Leben, die Macht von unten, die Revolution. Vielleicht sollten wir mit den GenossInnen von drüben nach Symbolen suchen, die für uns alle das Gleiche meinen. Wir sollten die Demonstration durch Diskussionnen ergänzen, wo die Leute nachfragen können und ihreeigene Meinung sagen können, möglichst ohne gleich als Nazi oder Konsumidiot abgestempelt zu werden.
In diesem Sinne: Kommen wir verschärft wieder: Kein Kohl, kein Krenz, kein Daimler Benz!

Vom Staunen zum Handeln

Das Wochenende aus autonomer Sicht

Donnerstag 19.07 Uhr, Schabowski gibt die neue Reiseregelung bekannt. Was das für uns heißt, wird wenige Stunden später erst richtig klar. Ostberliner und westberliner FreundInnen und GenossInnen können sich zwanglos treffen und feiern, wo sie wollen. Viele nutzten das Chaos, um mit dem Fahrrad oder zu Fuß ohne die sonst üblichen 25 DM abzudrücken, Ostberlin zu besuchen. In den überfüllten Szene-Kneipen wird über mögliche Konsequenzen lange debattiert.
Freitag mittag kommt ein wenig Katerstimmung beim Anblick dessen auf, was um uns herum abgeht. Viele überkommt das Gefühl, nur ZuschauerInnen, nicht Beteiligte zu sein. Die überschwengliche Freude auf den Straßen wird durch Meldungen über Faschos am Brandenburger Tor verdrängt. Es zeigt sich, daß wir wie so oft von den Ereignissen überrascht werden, nicht vorbereitet sind, und höchstens spontan reagieren können. Den Anlaß dazu bietet die Ankündigung, daß Kohl vorm Schöneberger Rathaus und später in der City mit Waigel auf einer CDU-Kundgebung reden wird. Die Revanchisten unterbrechen die Polen-Reise, um hier den Wiedervereinigungsgottesdienst zu zelebrieren, hektisch werden Termine festgelegt und verworfen, Telefonketten ausgelöst und Chaos durch sich überschneidende Termine und Treffpunkte produziert. Befürchtungen werden laut, in einer riesigen Menschenmenge unterzugehen, schließlich aber gilt es, die Handlungsunfähigkeit der letzten Wochen zu überwinden und der Wiedervereinigungspropaganda etwas entgegenzusetzen. Vor dem Rathaus zerstreuen sich langsam die Befürchtungen. Es finden sich immer mehr GenossInnen ein, die sich in kleinen Gruppen mit einigen Transparenten auf dem Platz verteilen. Andere, die es aus der Stimmung, an einem historischen Ereignis teilzunehmen, heraus zum Rathaus zog, die das ganze Wiedervereinigungsgefasel aber genauso ankotzt, vergrößern die Gruppen. Mittlerweile wird die Debatte aus dem Abgeordnetenhaus auf den Platz übertragen. Beim CDU-Redner steigt der Unmut, der REP-ler geht im Pfeifkonzert und Nazi-raus-Rufen unter. Danach reden auf dem Platz Wohlrabe, Momper, Brandt, Genscher und Kohl. An den Willy-Rufen zeigt sich, daß die meisten Anwesenden irgendwie sozialdemokratisch geprägt sind. Genscher erhält für die Feststellung, daß die polnischen Grenzen unantastbar sind, riesigen Beifall. Die antirevanchistische Einstellung vieler war sicherlich ein wesentlicher Grund für Kohls Debakel. Wir hätten es natürlich gern gesehen, wenn den anderen Rednern Ähnliches widerfahren wäre. Aber immerhin konnten wir mit vielen anderen verhindern, daß es den CDU-lern gelingt, einen Konsens zwischen ihnen und der Bevölkerung zu propagieren, der die gesellschaftlichen Realitäten ausblende soll, wie schon öfters vor dem Rathaus Schöneberg, auch wenn die Sozis jetzt Politik damit machen. Bei der CDU-veranstaltung auf dem Breitscheidplatz herrscht eine völlig andere, feindliche Stimmung. Nur mit Mühe können sich in der Menschenmenge größere Gruppen bilden, einige GenossInnen ziehen sich ganz zurück, um in keine aussichtslosen Prügeleien verwickelt zu werden. Die Pfiffe und Parolen finden keine Zustimmung. stattdessen ständige Auseinandersetzung mit den Umstehenden. anschließend formiert sich eine Demo, vielleicht 150 bis 200 Leute, die aber völlig isoliert ist und sofort von Bullen in Spalier genommen wird. Währenddessen mobilisieren die Reps zu eine Kundgebung mit Schönhuber zum Reichstag. Diese fällt aber mangels Masse aus. Aber schon den ganzen Tag über versammeln sich Nazi-skins, Faschos, Repler, CDU-ler und Burschenschaftler am Brandenburger Tor, um die Mauer zu demolieren, bis sie von den Bullen abgeriegelt wurde. AntifaschistInnen mußten sich aus dem Bereich nach einem Angriff von Nazi-Skins, der durch die Zustimmung der Anwesenden unterstützt wurde, zurückziehen. Eine breite Mobilisierung dorthin kam nicht zustande, obwohl sie sicherlich notwendig gewesen wäre. Für sonntag wird zu einer Demo mobilisiert. Es herrscht Unklarheit, ob diese der Situation angemessen ist. Am Freitagabend hatte sich gezeigt, daß unsere Parolen mißverständlich sind. "Hoch die internationale Solidarität" und vieles mehr verbinden DDRlerInnen eher mit FDJ-Aufmärschen. Erstaunlicherweise kommen zur Demo 1500 bis 2000 Leute; viele Transparente, zwei gute Flugis und viele neue oder geänderte Parolen tragen ebenfall zur guten Stimmung bei. Eine Bank, die mit revanchistischen Sprüchen wirbt, verliert ihre Scheiben. Aber auch diese Demo bleibt isoliert und läuft durch ein Spalier teils ablehnender, teils neugieriger ZuschauerInnen. Die Offenheit der DDRlerInnen wird übergangen, die Möglichkeit zur Diskussion wird verspielt. Unser Auftreten ist teilweise unnötig martialisch - in Ketten laufen, sich vermummen, fotografierende ZuschauerInnen angreifen, denn Bullen sind nicht in Sicht -, teilweise aber auch inhaltlich schwammig - rote Fahnen mit Hammer und Sichel vorneweg, Mao-Fahnen. Die Agitation überlassen wir den Westspießern am rande. Wir müssen in der Zukunft wohl noch einiges ändern, um unsere Befürchtungen übe die Kapitalisierung der DDR, die Gründe unseres Widerstandes hier und unsere Vorstellungen über ein freies und selbstbestimmtes Leben auch mitteilen zu können.

ZUR DDR: KLEINE VV MIT GÄSTEN

Am Sonntag-abend fand in Westberlin ein erstes Treffen von ca. 15 Menschen aus verschiedenen Gruppen der DDR und ca. 150 Westberliner Autonomen statt.
Das Gespräch begann etwas zaghaft mit der Verlesung eines Flugis der "Vereinigten Linken" an die Werktätigen der DDR, kam dann aber in Gang; es drohte einige Male kurz abzukippen, als einige von uns statt mal zuhören zu können sofort ihre Denkschablonen auf die Situation in der DDR draufknallten (z.B. zu Fragen der Gewalt) bzw. als die verschiedenen Meinungen unter den DDR'lerInnen heftig aufeinanderprallten. So war ich anfangs unbefriedigt über den Verlauf, mit der Zeit bekam ichaber immer mehr das Gefühl, daß es so gut war und unter'm Strich die augenblicklichen Lageeinschätzungen, Bedürfnisse und Widersprüche sichtbar wurden. Jedenfalls war ich danach ganz zufrieden mit dem Abend.

Aufhänger des Treffens war die von einigen geplante Idee, eine gemeinsame Ost-West-Demo (bzw. verschiedene Spielarten dieser Idee) "gegen Wiedervereinigung und Kapitalismus" zu machen, um dem ganzen Gedöns in der Stadt und (in) der Medienwelt etwas entgegenzusetzen. Im Laufe des Abends wurde klar, daß die Idee einer gemeinsamen Demo <u>so</u> nicht umsetzbar und falsch ist, da:
- die Problemstellung in der DDR ganz anders ist; noch ist ihr wichtigster Feind der Stalinismus (der noch nicht endgültig besiegt ist); der Kapitalismus lauert zwar am Horizont, wird aber für den durchschnittlichen DDR-BürgerIn erst sinnlich (negativ) erfahrbar, "wenn die 100.-DM Begrüßungsgeld aufgebraucht sind". Auch wurde uns vorgeworfen uns kaum zum Stalinismus verhalten zu haben.
- alle Gruppen von den letzten Ereignissen völlig überrollt sind (besonders von der Reisefreiheit) und ein, zwei Wochen brauchen, um wieder etwas sagen zu können. Vielleicht nach dem Kongreß der "Vereinigten Linken" Ende November.
- sie keine Zeit für so was haben, da in der DDR ganz andere Aufgaben anstehen

Deshalb war am Ende klar, daß die Demo aus unserer Westberliner Betroffenheit über den Revanchismus, die bevorstehenden Veränderungen in der Stadt (wir unser geliebtes , abgelegenes Kreuzberg auf einmal mitten in der Stadt wiederfinden), drohende Ideen wie "Olympia 2004" und unserer Solidarität mit <u>allen</u> AusländerInnen ("Begrüßungsgeld für Alle", etc.) entwicklen müßten; dazu können wir dann auch Flugis nach Ost-Berlin schicken und die DDR'lerInnen einladen.

Wiederholt forderten uns die DDR'lerInnen auf, mal nach Leipzig zufahren und uns ein eigenes Bild zu machen und boten uns einen Redebeitrag auf der StudentInnen-Demo am Freitag in Osdt-Berlin an.

Ansonsten erzählten die DDR'lerInnen viel; ich versuch' einfach mal festzuhalten, was mir noch in Erinnerung ist:
Am bedeutensten für die "linke" in der DDR wird wohl das Treffen der "Vereinigten Linken" in zwei Wochen sein. Dabei wird vor allem interessant sein, wie groß der Anteil von ArbeiterInnengruppen aus den Betrieben sein wird. Fast alle "strategisch" wichtigen Fragen sind noch offen und werden (auch an diesem Abend) kontrovers diskutiert: Beteiligung an Wahlen, wenn ja, als Partei oder Vereinigung? Soll der FDGB reformiert oder eigene, unabhängige Gewerkschaften aufgebaut werden? Wieweit soll mensch sich in die Vorzimmer der Macht mit hineinbegeben (es besteht zur Zeit die einmalige historische Chance, wenn mensch fachkompetent auftritt und sich als Person in den Medien genügend profiliert, in zwei Monaten MinisterIn zu werden - meinte einer, bestritten andere). Soll mensch nicht das Tempo ein wenig bremsen, damit nicht die Vergangenheit vergessen wird, d.h. erst Aufarbeitung des Wahlbetrugs bei den Kommunalwahlen, dann Neuwahlen; erst den 7.und 8. Oktober aufarbeiten, dann neue Kontrollgesetze für Bullen und StaSi, weil nur so die "Wendehälse" abgesägt werden können. Auch sollten die Volkskammerwahlen nicht zu schnell sein, weil nur dann über Inhalte abgestimmt werden kann (zur Zeit wäre es eine reine Protestwahl gegen die SED).

Zur Zeit ist die einmalige Situation, daß ein Großteil der Bevölkerung offen ist für Neues Denken, und damit auch für libertäre, basisdemokratische und sozialistische Ideen.

Interessant waren noch die Vorwürfe gegen RepräsentantInnen des Neuen Forums, auch schon wieder von der Basis abzuheben und die Erzählungen über Unterschiede zwischen der Hauptstadt der DDR und Städten in der Provinz. Einhellig waren sie der Meinung, daß die Anwendung von Gewalt zur Zeit der größte Fehler wäre, da die Stalinisten nur auf einen Konfrontationspunkt auf dieser Ebene warten. Da mag zwar unser autonomes, gewalt-verliebtes

Verschiedene Varianten imperialistischer "Wiedervereinigung" und EG-Integration

Während sich die verschiedenen Kapitalfraktionen zu großdeutschen Territoriumsansprüchen nur zurückhaltend äußern, ist dies bei Politikern nicht angesagt. CDU/CSU preschen wie üblich am weitesten vor und fordern, den Bundestagsneubau in Bonn zu stoppen und in den westberliner Reichstag umzuziehen, da jetzt Schluß zu sein hätte mit "teilungsbedingten Provisorien", so CDU-Feilcke und CSU-Gauweiler. Weil man hält die "Wiedervereinigung" gar für die natürlichste Sache der Welt uns Streibl den SOzialismus für "naturwidrig". In diesem Propaganda- und Revanchismusgetöse sind die Sozis vorsichtiger, da für ihre Variante solch laute Töne nicht geeignet sind. Sie plädieren lieber für die Gründung "deutsch-deutscher Banken" und möchten die DDR als souveränen Staat erhalten, aber selbstverständlich unter Hegemonie des BRD-Kapitals. Somit liegen sie mit dem Großkapital auf einer Linie. In einer Zeit, in der Nationalgrenzen für das Kapital höchstens noch die Bedeutung von Lohnspalterei haben und Kriege in der Metropole gewonnen werden, ohne daß ein Schuß abgegeben wird, bedarf es nicht der Ausweitung und Verschiebung von Grenzen, um nicht trotzdem die Bedingungen diktieren zu können. Die EG-Strategen melden sich ebenfalls zu Wort und berufen flugs einen Sondergipfel ein, bisher herrscht dort auch keine einheitliche Linie. Während einerseits EG-Präsident Delors der DDR Hoffnung auf einen möglichen EG-Beitritt macht, was zumindest der DDR-Staatssekretär für den Außenhandel, Christian Meyer, langfristig nicht ausschließen will, gibt es auch die plump-direkte revanchistisch-imperialistische Linie der EG-Vizepräsidenten Brittan und Bangemann: die Gemeinschaft soll im Falle einer "Wiedervereinigung" zur Kenntnis nehmen, "daß ein Mitglied sein Territorium erweitert habe"

Neue Perspektiven im Osten, nun auch im Westen?

In der Humboldt- Universität kämpfen die Studierenden seit Wochen für für die Gründung einer unabhängigen Studentengewerkschaft.
Ihr Druck ist so groß und natürlich auch der Druck der Bewegung draußen, daß der Rektor der Universität eine Urabstimmung über die unabhängige Studentengewerkschaft für den 7.11.89 einberufen hat(Ergebnisse liegen uns noch nicht vor).
Sie haben ein Modell vorgeschlagen, das basisdemokratisch orientiert ist und die Kontrolle der Vertreter durch die Basis sichert.

Wir glauben, daß die Erfahrungen der Studierenden in der DDR auch für uns wichtig sind. Der StudentInnenstreik im letzten Winter hat gezeigt, daß wir, wenn wir massiv auftreten, viel bewegen können.
Aber trotzdem ist heute unsere Situation an der Uni nicht nur schlechter, sondern katastrophal.
Die Jugendlichen in der DDR zeigen, daß die bürokratische Mißwirtschaft nicht die Alternative ist. Genauso kann die Alternative zur DDR- Bürokratie nicht die Regierung Kohl und ihre "Wendepolitk" sein.

Was können wir aus der Bewegung der StudentInnen an der Humboldt- Uni lernen?
Welche Perspektiven bestehen für die Leute, wenn Kohls "Rezept" für Polen und Ungarn auch in der DDR Wirklichkeit wird?
Bereits jetzt zeigen sich die Auswirkungen für die Bürger der Volksrepublik Polen, wenn die BRD- Industrie "Polen kauft".
Brauchen wir nicht auch hier eine andere Politk, die gegen Wohnungsnot, Gesundheitsnotstand, Arbeitslosigkeit und den Ausverkauf der Universität an die Industrie gerichtet ist?

Wir laden ein zu einer Informationsveranstaltung und Diskussion über die gestellten Fragen und die neueste Entwicklung:

Down Town an der TUB, im FR 0035 an der Franklinstr. 29/28 am Mittwoch den 15.11.89 um 18.00 Uhr.

StudentInnen aus TU und FU

In der Hoffnung, daß die Unterdrückten die Sprache der Unterdrückten verstehen können

Die EmigrantInnen wenden sich an die Menschen aus der DDR

Wir sind EmigrantInnen in der BRD und in Westberlin, wir sind aus allen Teilen der Erde hierher gekommen, um zu arbeiten.

Die Westdeutschen nannten uns anfangs "Gastarbeiter", heute werden wir einfach "Ausländer" genannt. Wir snd hier solange, wie die DDR besteht; daher finden wir die Bezeichnung "EmigrantInnen" passender. Sogar die Dritte Generation wächst hier heran, unsere Namen auf den Grabsteien hier werden von Tag zu Tag mehr.

Der Schweiß unserer Arbeit ist zum Teer der Autobahnen und zum Beton und Mörtel der Städte geworden. Daß sich die BRD nach dem Krieg in diesem Maß entwickelt hat, das liegt auch an der Arbeitskraft von uns, die wir auf der untersten Stufe der Leiter stehen.

Eurer Kampf für die Menschenrechte und gegen die Bürokratie in der DDR hat in uns eine sehr große Sympathie erweckt. Wir wollen, daß Eure Mühe nicht umsonst ist, und daß Ihr nicht auf die Lügen des Westens hereinfallt und enttäuscht werdet. Unsere Worte sind Worte der Freundschaft. Wir sind genauso durstig nach Menschenrechten wie Ihr. Aber in unserer Lebenserfahrung hat sich sowohl in den Ländern, aus denen wir kommen, wie auch in der BRD und in Westberlin das Gerede von Menschenrechten, von Freiheit und Demokratie immer wieder als Propagandalüge schmerzlich herausgestellt.

Könnt Ihr Euch das vorstellen: Obwohl wir schon lange mitten in Europa in diesem glanzvollen Staat zusammenleben, haben wir immer noch nicht das Wahlrecht, und unsere Stimme wird erstickt.

Um unsere Kinder, Frauen, Männer oder Eltern hierher zu holen, brauchen wir begrenzte Sondergenehmigungen. Wissen Sie etwas von unserer eingeschränkten Freiheit hier? Während sich die Grenze für Euch öffnet, wird sie für uns immer dichter.

Wußten Sie, daß Sie hier mit 100,- DM empfangen werden, während gleichzeitig Menschen abgeschoben werden, die um ein politisches Asyl gebeten haben; Menschen aus ihren Wohnungen und von ihrem Arbeitsplatz rausgeschmissen werden?

Wissen Sie, was es heißt, in so einem Reichtum unterhalb der Armutsgrenze zu leben?

Mit dem Argument, wir würden Ihnen die Arbeitsplätze und Wohnungen wegnehmen, werden wir von neonazistischen Gruppen angegriffen. Während wir schlafen, werden unsere Wohnungen in Brand gesteckt; Menschen werden auf offener Straße gelyncht.

Diese menschenunwürdige Behandlung erfahren nicht nur wir, sondern auch Frauen, Lesben, Schwule, Punks und alle Randgruppen, die in diesem System Schwierigkeiten haben oder ein anderes wollen. Im kapitalistischen System sind Diskriminierung und Diffamierung alltäglich.

Glaubt Ihr, diese Diskrimierung und Diffamierung würden euch nicht treffen? Glaubt Ihr, in einem solchen Staat existiert wirklich Freiheit?

Die Demokratie in den westlichen Ländern ist wie ein vergiftetes Bonbon, das zuerst uns serviert wurde und jetzt Euch.

Es ist schon länger her, daß die Politik in der BRD angefangen hat, sich einen braunen Pelz anzuziehen. Die inneren Unruhen in der DDR, die Ausreisewelle und die Öffnung der Grenzen haben den Großdeutschland-Gedanken wieder stärker werden lassen. Sie benutzen die Volksbewegung, um die DDR langfristig ökonomisch und ideologisch zu annektieren; das zeigt sich auch in der ewiggestrigen Diskussion um die deutsch-polnische Grenze.

Die Kapitalisten haben lange auf diesen Augenblick gewartet.

Die Welt ist schon heute an einem Punkt angelangt, wo weder das Kapital noch die Arbeitskraft eine nationale Grenze kennen. Auf der ganzen Welt gibt es kein einziges Land, in dem nur eine Nation lebt. Trotz Multinationalität in der BRD haben selbst "ehrenwerte" Politiker der SPD wie Willy Brandt und Walter Momper sich den nationalen Begeisterungsstürmen hingegeben und nur noch von Deutschland und den Deutschen geredet. Sie haben die fünf Millionen ImmigrantInnen einfach weggelassen!

Das zum Teil direkt, zum Teil indirekt hochgefeierte Nationalgefühl und den Großdeutschland-Gedanken empfinden wir als gegen uns gerichtet. Dagegen setzen wir ganz energisch die uneingeschränkte Freiheit für jeden Menschen, ungeachtet ihrer oder seiner Herkunft, Religion und Geschlechts.

Wir unterstützen Euren Kampf in der DDR für eine lebenswerte Gesellschaft, in Gedanken und Herzen. Wir hoffen, daß Ihr Eure einmalige Chance nutzen könnt, um Euer Land zu verändern.

Die BRD ist kein Paradies. Ergebt Euch nicht den Kapitalisten und laßt es nicht zu, daß Euer Land vom Kapitalismus geschluckt wird.

Nein zu Großdeutschland!

Keine Chance den Neonazis!

Front gegen einen sozialistisch maskierten Bürokratismus und einen demokratisch maskierten Kapitalismus.!

Zum Teufel mit jeder Form von Herrschaft!!!



v.i.S.d.P: NIX VERBODEN _ CUVRYSTR. 20 - 1/36

DDR - DOKUMENTE UND TEXTE AUS DER DDR - FLUGIS, TEXTE UND DOKUMEN

Auf den folgenden zehn Seiten findet ihr wieder einige Texte aus der DDR aus den letzten Tagen - ein Dank an alle, die an uns gedacht haben und uns die Texte zukommen ließen. Die Seiten enden mit dem ersten Aufruf zu einer gemeinsamen Demo von Gruppen aus der DDR: am Sonntag vor dem Rathaus Schöneberg gegen die Giftmülltransporte in die DDR.

ES GEHT

Was uns zusammengebracht hat, ist die Sorge um den Ausverkauf und die Angst um die Existenz unseres Landes. Uns schmerzt der Gedanke, daß die Ideale einer gerechten Gesellschaftsordnung nach 40 Jahren DDR-Wirklichkeit endgültig mißbraucht und vergessen erscheinen. Soziale Gerechtigkeit - nach dem Maß des Möglichen, eine gesellschaftliche Einigung darüber, daß die Schwachen und Entrechteten nicht hinten abfallen dürfen - das alles droht von heute auf morgen gegenstandslos zu sein.

In unserer gemeinsamen Verantwortung für uns, unsere Kinder, das Land und die Um-Welt, in der wir leben, begannen wir heute als PartnerInnen zusammen zu arbeiten.

Daraus ergibt sich für uns notwendigerweise:

1. Die Anerkennung aller gesellschaftlichen Gruppierungen, Parteien, Inititiativgruppen, jede Versammlungsform engagierter Menschen und deren sofortige Zusammen-Arbeit;
2. Die Änderung des Artikel 1 der Verfassung (Streichung des verfassungsrechtlichen Führungsanspruches einer Partei);
3. Auf der Grundlage eines neuen Wahlgesetzes verbindlicher Termin für freie, allgemeine, geheime Wahlen bis spätestens Sommer 1990;
4. Sacharbeit am Runden Tisch auf allen Ebenen zu Fragen der gesellschaftlichen Konzeption.

Wir haben heute mit Punkt Vier begonnen - es geht!

Berlin, den 11.November 1980

Unterschriften:

Beate Bormann	Mitglied der Initiativgruppe zur Bildung einer Vereinigten Linken
Rainer Börner	Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Berlin
Dankward Brinksmeier	Studentenpfarrer, Sprecher des Bezirksparteirates der SDP
Martin Colden	Maler, Graphiker, Verband Bildender Künstler, Neues Forum
Andreas Dywicki	2. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Berlin
Ben Farby	Evangelische Studentengemeinde Berlin
Petra Hübner-Isermann	Feministin aus Berlin
Wolfram Hülsemann	Evangelische Jugendarbeit, Stadtjugendpfarrer
Ivo Klatte	Vorsitzender des Jugendbeirates der LDPD beim Kreisvorstand Dresden-Stadt
Matthias Kort	Rockband Mixed Pickles
Jörg Richert	Vorsitzender des Jugendbeirates der LDPD beim Bezirksvorstand Berlin
Dietmar Wolf	Mitarbeiter der autonomen Antinfa-Berlin in den Räumen der Kirche von Unten

EINLADUNG DER
"INITIATIVE FÜR EINE VEREINIGTE LINKE"

Einladung der "Initiative für eine Vereinigte Linke" für ein DDR-weites offenes Arbeitstreffen am 25/26. November in Berlin

Die Initiative "Für eine Vereinigte Linke" lädt alle Linken, ob nichtorganisiert, Mitglied unabhängiger linker Gruppen oder der SED, zu einem Arbeitstreffen am 25/26. November 1989 in Berlin im "Haus der Jungen Talente", 1020 Berlin, Klosterstraße 68/70 ein. Das Treffen soll am Sonnabend, den 25. November um 10.00 Uhr beginnen.

Das Arbeitstreffen soll sowohl thematisch, als auch hinsichtlich der verschiedenen linken Strömungen und Tendenzen ein möglichst breites Spektrum umfassen. Es wird die Möglichkeit bieten, grundsätzliche Klärungs- und Orientierungsprozesse einer sozialistischen Zukunft für die DDR zu befördern und auch Arbeitsergebnisse konzeptioneller Art zu speziellen Fragen aus Politik und Wirtschaft zur Diskussion zu stellen. Die Arbeit soll in seminaristischer Form (unterstützt durch Vorträge) und im Plenum erfolgen.

Hier wird Gelegenheit sein, konkrete sozialistische Alternativen für die Umgestaltung der DDR zu erarbeiten. Dabei soll versucht werden, eine integrative themenbezogene Auseinandersetzung zu ermöglichen, die Praktiker und Theoretiker, an allgemeinen Fragen Interessierte und Spezialisten gleichermaßen zu Wort kommen läßt.

Die Teilnehmer werden nicht nur ihre unterschiedlichen Auffassungen miteinander konfrontieren, sondern auch gemeinsame Vorstellungen herausarbeiten und versuchen, einen Konsens zu finden, der tragfähig für das Projekt einen Vereinigten Linken sein könnte. Dieses Projekt ist kein Selbstzweck, sondern kann ein Beitrag für eine breite Bewegung für die sozialistische Umgestaltung der DDR werden. Es wird deshalb auf der Tagung auch zu erörtern sein, wie das Projekt einer Vereinigten Linken über das Treffen hinaus unterstützt werden kann.

Wir wenden uns an alle Linken, ob in unabhängigen Arbeitskreisen oder einzeln arbeitend, ob in der SED organisiert oder nicht und rufen sie auf, sich mit ihren Beiträgen an dem Treffen zu beteiligen oder selbst solche Arbeitstreffen zu organisieren und mit den Ergebnissn untereinander in Kontakt zu treten. Unterstützt durch eure Arbeit das Projekt "Vereinigte Linke" und damit den Kampf um eine sozialistische Alternative für die DDR!

Interessenten für eine Teilnahme an dem Arbeitstreffen können sich ab sofort über die unten angegebenen Kontaktadressen anmelden. Die Organisationsgruppe des wird sich auch bemühen, im Rahmen ihrer Möglichkeit für anreisende Gäste Quartier zu beschaffen, wenn dies mit der Anmeldung mitgeteilt wird. Wer mit eigenen Beiträgen am Treffen teilnehmen möchte, kann über die gleichen Adressen Kontakt mit der Koordinierungsgruppe des Novembertreffens aufnehmen.

Zum Stand der organisatorischen und thematischen Vorbereitung verweisen wir auf die "Mitteilung Nummer 2" der Koordinationsgruppe zur Vorbereitung des Arbeitstreffens vom 5. 11. 1989, das als Sonderdruck veröffentlicht ist.

Die Koordinierungsgruppe für die Arbeitstagung — Berlin, den 5.11.1989

Kontaktadressen: Umwelt-Bibliothek, 1058 Berlin, Griebenowstr. 16

Mitteilung Nummer 2 der "Initiative für eine Vereinigte Linke" zum Stand der Selbstverständigung und der Vorbereitung des Arbeitstreffens am 25/26. November 1989

(...)

Es besteht im Koordinierungskreis Übereinstimmung über folgende Auffassungen, die als Voraussetzungen der Arbeit in allen Gruppen angesehen werden sollten:

A. Die seit langer Zeit sich entwickelnde und jetzt offen zum Ausbruch gekommene tiefe gesellschaftliche Krise hat eine ökonomische Grundursache. Diese besteht darin, daß die Abschaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht genutzt wurde, um in den Betrieben der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft eine tatsächliche Vergesellschaftung in Angriff zu nehmen. Statt dessen entstand eine bürokratisch gesteuerte Kommandowirtschaft, die den Entfremdungsprozeß des Arbeiters von den Produktionsmitteln nicht aufhob sondern eher verstärkte. Dies ist der Hauptgrund
- für die beispiellose Demotivierung der Masse der Werktätigen in diesem Lande,
- für die daraus erwachsene Unfähigkeit der führenden politischen und ökonomischen Kräfte, das Prinzip der Verteilung nach der Leistung wirkungsvoll durchzusetzen,
- für das in Lehrbüchern behauptete aber in der Praxis fast durchgängig nicht vorhandene Eigentümerbewußtsein der Werktätigen

- für die Ausrichtung der ökonomischen Entwicklung auf ein unsoziales und ökologiefeindliches Wohlstandsdenken.
- für das Fehlen jeder demokratischen Auseinandersetzung über die Entwicklung eines antikapitalistischen, also sozialistischen Wertesystems

B. Es hat den Anschein, daß der jetzt parteioffiziell verkündete "Wandlungsprozeß" nicht der Behebung dieser ökonomischen Grundursache dienen soll. Vielmehr gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß das einsetzende Krisenmanagement den Zweck hat, die vorhandene bürokratische Verknöcherung in den ökonomischen Beziehungen durch die verstärkte Einführung (und z.T. Wiederentdeckung) marktwirtschaftlicher Elemente zu beleben, ohne grundlegende Veränderungen in den Produktionsverhältnissen anzustreben. Erste Erklärungen über die Aufgaben desMinisterrats und Sofortmaßnahmen zur Behebung von Versorgungsmängeln lassen derartige "Lösungswege" deutlich erkennen. Es zeichnet sich ab, daß die Regierung bereit ist, zur Befriedung innenpolitischen Unwillens mit wirtschaftlichen Risiken die desolate Situation der DDR-Wirtschaft noch stärker zu belasten. Solche "Lösungswege" sind nur geeignet, bürokratisch-autoritäre Leitungsstrukturen zu modifizieren. Darüberhinaus sind sie geeignet, die Entwicklung von Tendenzen eines Übergangs zu einer sogenannten "sozialen Marktwirtschaft" zu bestärken.

C. Als einziger Ausweg zu tiefgreifenden und auf sozialistische Entwicklung zielende ökonomische Wandlungen erscheint uns das Entstehen von Formen und Methoden betrieblicher und überbetrieblicher Selbstverwaltung. Ihr Wirksamwerden im Sinne sozialistischer Entwicklung setzt allerdings voraus, daß die Ziele und Inhalte der Produktion in demokratischer Diskussion neu bestimmt werden. Wesenszüge dieser Art sind unter Ziffer 4. genannt.

Bei der Suche nach Wegen zur Selbstverwaltung sollten auch die jetzt anlaufenden Maßnahmen des "Krisenmanagements" daraufhin untersucht werden, in wie weit sie für die Entwicklung von Elementen betrieblicher Selbstverwaltung genutzt werden können. Hierzu gehört vor allem der Übergang zum Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel, der genutzt werden sollte, um den Arbeitskollektiven höhere Verantwortung zu übertragen.

D. Sozialistische Inhalte können nach unserer Auffassung Formen der Selbstbestimmung nur dann erlangen, wenn es gelingt, die so zu erzielende höhere Effektivität zu nutzen:
- zu Gunsten derHumanisierung der Arbeitsbedingungen;
- zu Gunsten der Entwicklung von Produktionsverfahren und Erzeugnisstrukturen, die die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Umwelt (vor allem Luft, Wasser, Boden) wieder herstellen;
- zu Gunsten der Bewahrung bewährter Errungenschaften sozialer Gerechtigkeit, bei gleichzeitiger Überwindung erheblicher Defizite und Deformationen auf diesem Gebiet;
- zu Gunsten des Herausbildens eines mehrheitsfähigen Konsenses zur Überwindung einseitiger Konsumideologie zu Gunsten der Favorisierung persönlichkeitsentwickelnder Lebensinhalte
- zu Gunsten der Entwicklung sozialistischer Alternativen gegenüber den herrschenden Weltwirtschaftsstrukturen und als Beitrag zur Solidarität mit den ausgeplünderten Völkern dieser Welt.

Wir sind uns bewußt, daß gerade zu diesen Fragen kein umfassendes Konzept zu erwarten ist. Trotzdem sollte sie Gegenstand der Arbeit aller Gruppen sein. Bei diesen Fragestellungen zeigt sich im Übrigen auch die enge Verknüpfung dieser Problematik mit den Aufgaben, die von den Arbeitsgruppen der Themengruppe "Demokratie und Selbstverwaltung des Volkes" zu bearbeiten sind. Nötig scheint uns aber, eben gerade um den Begriff "Sozialismus" zu rehabilitieren, daß sich alle Gruppen des Arbeitstreffens diesem Anliegen widmen sollten.

E. Wir streben an, daß sich die Arbeit in allen Gruppen des Themenbereichs "Grundzüge der Gestaltung sozialistischer Wirtschaftsbeziehungen" in zwei Arbeitsschritten vollzieht:
- Selbstverwaltung contra Krisenmanagement: Elemente eines antibürokratischen Sofortprogramms
- Selbstverwaltungsstrategie und Sozialismusentwicklung: Wege zur Aneignung des Staatseigentums durch das Volk

Wir betonen nochmals,
- daß es sich um einen Vorschlag handelt, der den Konsens des Koordinierungskreises fand,
- daß wir also gemäß dem in der Mitteilung Nr. 1 geäußerten Selbstverständnis bereit sind, auch ganz andere Arbeitsansätze zu berücksichtigen, sofern diese mit unserem veröffentlichten Grundkonsens zum Sozialismus-Begriff vereinbar sind.

Dem wäre allerdings dienlich, wenn uns solche Vorstellungen möglichst frühzeitig und noch im Stadium der Vorbereitung des Arbeitstreffens zugehen würden.

(...)

PRESSEMITTEILUNG DER

"INITIATIVE FÜR EINE VEREINIGTE LINKE"

Seit Anfang September 1989 gibt es in der DDR den Versuch, unabhängige Linke und Sozialisten innerhalb und außerhalb der SED, Marxisten und linke Christen, in oppositionellen Gruppen und in zugelassenen Parteien oder anderen Organisationen arbeitende Linke zusammenzuführen, um für Sozialismus in der DDR politisch aktiv zu werden.

Wir müssen feststellen, daß immer mehr Menschen durch die Diskreditierung der sozialistischen Perspektive mit so verlogener Phrasen wie der einer "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" angesichts der krisengeschüttelten DDR sich von dieser Perspektive abzuwenden begannen.

Wir erklären, daß eine sozialistische Zukunft für die DDR durch nichts anderes in Gefahr gebracht wurde und wird, als durch die dem Volk von einer kleinen Führungsschicht der SED mittels ihres riesigen Apparats aufgezwungene Politik. Von der führenden Rolle der SED in unserer Gesellschaft ist nur noch der Artikel 1 der Verfassung übrig geblieben. Wir können und wollen nicht warten, bis der Kampf zwischen großen Teilen der Parteibasis und dem Apparat entschieden ist. Hier fühlen wir uns mit jenen Kräften in der SED verbunden, die wie wir einen Sozialismus der Demokratie und Freiheit anstreben.

Die sozialistische Perspektive auch für die DDR kann nur *konkret* verwirklicht werden. Diese unsere Gesellschaft muß freier, sozialer, wirtschaftlich, insgesamt effizienter und ökologischer werden, als jene real existierende kapitalistische Gesellschaft, der heute noch hunderttausende DDR-Bürger den Vorzug geben.

Wir sind uns darin einig, daß eine Gesellschaft der sozialistischen Demokratie und Freiheit nicht nur eine echte Alternative zum politbürokratischen System in Gestalt des "real existierenden Sozialismus" wäre, sondern auch zur kapitalistischen Gesellschaft. Dies bedeutet politischen Kampf gegen die Sachwalter beider Herrschaftssysteme.

In diesem Sinne haben seit Anfang Oktober in Berlin Linke verschiedener sozialistischer Tendenz damit begonnen, Wege für ein Zusammengehen auf der Grundlage
- des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als die vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung;
- des Ausbaus der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit;
- der konsequenten Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder;
- der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequenten Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds und
- des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft

zu suchen.

Das Projekt einer "Vereinigten Linken" strebt den inhaltlichen Konsens in grundsätzlichen politischen Fragen, die konzeptionelle Ausarbeitung von ersten Schritten der sozialistischen Umgestaltung, die gleichberechtigte Diskussion aller sozialistischen Tendenzen und die gemeinsame politische Arbeit in der Beteiligung am Streit um die Zukunft unseres Landes an. Wir sind uns einig, daß besondere Bedeutung für die Perspektive unseres Landes dem Handeln der Werktätigen, insbesondere gerade jetzt dem der Arbeiter in den Betrieben zukommt. Hier wird es darum gehen, wie schnell über die Wiederherstellung gewerkschaftlicher Interessenvertretung und demokratischer Mitbestimmung hinausgegangen und betriebliche Selbstverwaltung mit Arbeiterräten sowie wirkliche Vergesellschaftung über territoriale Räte und darüber hinaus vorangetrieben wird.

Wir sind uns einig, daß einem möglichen organisatorischen Zusammenschluß der Linken der inhaltliche Prozess von Konsensbildung und konzeptionellem Streit aller sozialistischer Tendenzen vorauszugehen hat. Die Situation in unserem Land erlaubt kein Zögern.

Am letzten Novemberwochenende findet im Berliner "Haus der Jungen Talente" eine erste Arbeitstagung der Linken statt. Für die Teilnahme ist eine Anmeldung erforderlich (siehe Mitteilung Nr. 2 der Koordinierungsgruppe). An die Presse ergehen gesonderte Einladungen.

Initiative für eine Vereinigte Linke — Berlin, den 10.11.1989

SPERRFRIST bis 1o. November 1989, 19.30 Uhr

Wir müssen unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen!

Aufruf der "Initiative für eine Vereinigte Linke"
an alle Werktätigen der DDR

Hunderttausende Bürger sind für einen gesellschaftlichen Wandel auf die Straße gegangen, weil sie nicht mehr bereit sind, die Folgen von Mißwirtschaft und bürokratischer Willkür zu tragen. Ausdruck der Krise ist auch die Ausreise von mehr als 200.000 Bürgern, deren Weggang in diesem Jahr vor aller Augen ablief und nicht als heimlicher Kehraus, organisiert von den Menschenverwaltern hier und im Westen. Stille Wut hat sich im Land nun in offenen Protest verwandelt. Eine breite Volksbewegung ist nicht mehr bereit, die bisher bei uns herrschenden Verhältnisse als "sozialistische" anzuerkennen. Die Zeit ist vielmehr reif für einen *radikalen Umbruch* in Richtung Sozialismus!

Wir hören jetzt häufig, die "Wende" sei da, und manchmal schon, sie sei unumkehrbar. Wir hören dies auch von Politikern, die noch vor wenigen Wochen zenrale Interessen der Bevölkerung ignorierten und die Notwendigkeit einer Reform entschieden bestritten haben. Diese Politiker, die noch kürzlich jeden Kritiker zum "Feind des Sozialismus" stempelten, versuchen jetzt, sich an die Spitze dieser Volksbewegung zu stellen. Sie bieten sich in selbstverständlicher Behauptung einer angemaßten Führungsrolle als ein Dialogpartner an, der sich nunmehr entschlossen hätte, auf's Volk zu hören und seine Forderungen zu erfüllen. Wieder verlangen sie von uns den Vertrauensvorschuß, den sie gerade so gründlich aufgebraucht haben. Können sie die Unumkehrbarkeit des Aufbruchs garantieren? Sind diese Wendepolitiker berufen, für die Werktätigen zu handeln? Ist der nun im Mittelpunkt stehende "Dialog" mit Funktionären das Mittel für die Realisierung unserer Interessen?

Es ist nicht damit getan, daß eine(r) nach de(r)m anderen auf öffentlichen Druck hin abtreten muß. Sollten sich neue Selbstherrscher an ihre Stelle setzen, sind wir keinen Schritt weiter. Garantien für die politische Unumkehrbarkeit des Aufbruchs unseres Landes zum Sozialismus kann die *breite Volksbewegung* nur selbst schaffen. Wir dürfen uns nicht nur auf Straßendemonstrationen oder an genehmigten Mikrofonen bei öffentlichen Anhörungen zeigen. Niemals hat eine "Demokratie auf Zuruf" funktioniert, und schon gar nicht, wenn die, denen man seine Forderungen zuruft, für die Mißstände verantwortlich sind. Verständigen müssen *wir* uns - untereinander und auch mit denjenigen Sozialisten innerhalb der SED, die mit ihren Taten bewiesen haben, daß es ihnen Ernst ist mit dem sonst nur beschworenen Sozialismus.

Diese Selbstverständigung hat zum Beispiel in vielen Berufsverbänden und durch vielfältige Iniativen oppositioneller Gruppen schon ihren Ausdruck gefunden. Aber sie hat in jüngster Zeit auch in den Betrieben mit der Diskussion über die Gewerkschaften begonnen. Und hier wird ganz sicher auch die Entscheidung über die Zukunft nicht nur der Arbeiter, sondern auch über die Chancen des Sozialismus in unserem Land fallen! Wir haben jetzt die Chance, über von uns geschaffene Formen *direkter Demokratie* selbst dafür zu sorgen, daß nicht nur "die da oben" uns hören, sondern wir selbst auch verwirklichen, was wir fordern!

Im Bewusstsein dessen wollen die Linken die betriebliche, insbesondere die gewerkschaftliche Arbeit in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit stellen. Wir rufen alle Werktätigen auf, sich selbst die Formen zu schaffen, in welchen sie ihre Interessen unmittelbar vertreten und wirksam umsetzen können. Auf die Wiedererlangung echter gewerkschaftlicher Interessenvertretung müssen wir dazu nicht warten. Wir müssen überall ganz unten anfangen:

Organisiert Versammlungen, in denen Ihr Kolleginnen und Kollegen Eures Vertrauens wählt und beauftragt, Eure Forderungen einzubringen. Diskutiert, wie ihr selbst am wirksamsten Eure Interessenvertretung in Fragen der leistungsgerechten Entlohnung, der Arbeitsbedingungen und weiterer sozialer Rechte im Betrieb sichert. Dies könnte, wo es möglich ist, in den Gewerkschaften in Verbindung mit Neuwahlen erfolgen, oder durch von den Werktätigen selbst zu bildende unabhängige Kommissionen. Diese können dann auch Forderungen von Werktätigen nach neuen Gewerkschaften aufgreifen.

Doch es geht um mehr als um gewerkschaftliche Rechte. Ein landesweiter Delegiertenkongress der Werktätigen steht auf der Tagesordnung. Auf ihm können die Delegierten auch über wirksame Formen der Mitbestimmung und schließlich betrieblicher Selbstverwaltung beraten, also über die Rechte und

Aufgaben unabhängiger Betriebsräte. Die Wahl solcher Bertriebsräte der Werktätigen wäre der zweite Schritt. An den so oder anders herausgearbeiteten konkreten Forderungen der Werktätigen haben sich die *Parteien und gesellschaftlichen Organisationen* zu orientieren. Dort ist über alle Forderungen und Ziele frei zu diskutieren, die von den Arbeitenden neu bestimmt wurden und werden. So können die Werktätigen selbst sehr schnell erkennen, wer auf ihrer Seite steht. Die Ergebnisse müssen aber auch in gesellschaftlichem Maßstab politisch umsetzbar sein: Angesichts des Zustands der Parteien und Massenorganisationen können diese nur über Vollversammlungen zur Delegiertenwahl und außerordentliche Delegiertenkonferenzen zur Neubestimmung ihrer Tätigkeit wieder glaubwürdig werden. Und: Die massenhafte Forderung nach Zulassung der demokratischen Opposition ist endlich zu realisieren.
In öffentlicher Diskussion müssen sich die neuen Konzepte und praktischen Vorschläge vorstellen. Die Verantwortung für deren Umsetzung können wir uns nicht wieder abnehmen lassen!

Die Mitarbeiter der Initiative "Für eine Vereinigte Linke " erklären ihr Interesse und ihre Bereitschaft, in den Betrieben an diesem Prozeß der Formulierung und Umsetzung solcher Forderungen teilzunehmen. Die Initiativgruppe lädt ihrerseits alle Arbeiter zur Diskussion über ihre Vorstellungen einer Neugestaltung der Arbeitswelt, alle Gewerkschaftler zum Austausch über mögliche Formen echter Mitbestimmung und Selbstverwaltung ein. Eine Gelegenheit ist am 25/26. November auf der 1. Arbeitstagung des Projektes "Vereinigte Linke" im Berliner "Haus der Jungen Talente" (siehe Mitteilung Nr.2 der Koordinierungsgruppe). Kontakt über: (...)

Initiative "Für eine Vereinigte Linke" Berlin, den 5.10.1989

DER SOZIALISMUS UND "DIE VEREINIGTE LINKE"

(kritische Bemerkungen eines Engagierten)

Fast alle Spielarten der gegenwärtigen Bürgerbewegungen und natürlich auch die etablierten Parteien bekennen sich zu einer Entwicklung zum demokratischen Sozialismus in der DDR. In ihren Programmen, Aufrufen und Losungen sind allerdings fast ausschließlich Forderungen zur Durchsetzung demokratischer Bürgerrechte erkennbar. Völlig ausgespart bleibt, worin denn die sozialistische Spezifig dieser politischen Demokratie bestehen soll. Dagegen wird immer weniger sichtbar, in welchen Inhalten sich die Bürgerbewegungen von den Vorstellungen der Parteien außerhalb der SED unterscheiden. Es besteht für mich keine Zweifel, daß sich die Notwendigkeit einer breiten SED-unabhänigen linken Bewegung nicht aus der Notwendigkeit zur Durchsetzung (sozialismusneutraler) demokratischer Bürgerrechte herleitet. Dieser Prozeß realisiert sich auch ohne diese Bewegung.

In der "Vereinigten Linken" besteht Konsens darüber, daß sich das Existenzrecht der DDR nur von einer sozialistischen Entwicklung herleiten kann. Genau dort setzen die "Wiedervereinigungsstrategen" in der BRD und auch Vertreter dieser Auffassungen in der DDR-Bürgerbewegung an. Sie nutzen die Unfähigkeit der SED-Führung die vorhandenen Produktionsverhältnisse in der DDR kritisch zu analysieren und hier sozialistische Perspektiven zu entwickeln, um unserem Land als Konsequenz des Scheiterns des "sozialistischen Systems" eine Wirtschaftsreform in Richtun auf eine "soziale Marktwirtschaft" dringend zu empfehlen.

Indem die SED ihre Wirtschaftsreform auf den Abbau von Überzentralisation und die Belebung naturwissenschaftlicher Elemente (ohne konstruktive Vorhaben zur Umwandlung der Staatsbetriebe in volkseigene Betriebe) beschränkt, leistet sie einer Entwicklung Vorschub, die auf dem Wege einer aussichtslosen sogenannten Mischwirtschaft letztendlich in kapitalistischer "sozialer" Marktwirtschaft landet. Die SED-Führung, die behauptet, der Sozialismus stehe nicht zur Disposition, stellt ihn damit selbst zur Disposition.

Die Koordinierungsgruppe der "Vereinigten Linken" unternimmt in den letzten Tagen die ersten Schritte, um sich ihrem erklärten eigenem Selbstverstaändnis zu nähern, wozu gehört, daß sich ihr Wirkungsfeld mit höchster Priorität auf die Verteidigung von Arbeiterinteressen in den VEB richtet. Nur so kann verhindert werden, daß die Entwicklung zur sozialistischen Demokratie vor den Fabriktoren halt macht. Wirtschafts- und Parteibürokratie sind gegenwärtig dabei, sich vom ersten Schock zu erholen. Bei effektiverer Rollenverteilung wollen sie weiterhin die Eigentümeerolle der Werktätigen auf die Lösung der Produktionsaufgaben beschränken. So soll das alte Unterdrückungsverhältnis (besser verpackt) konserviert werden.

Ich stehe Dafür, daß dieser Aufgabe alles andere unmterzuordnen wäre. Dazu gehört auch, daß daraus alle taktischen Erwägungen zur Bündnisfähigkeit abgeleitet werden. Der Bewwegung ist nicht gedient, wenn sie sich im Bereich politischer Demokratie auf die Wiederholung von Lösungen bürgerlicher Rechte beschränkt. Vielmehr hatsie ständig ihre sozialistische Position zu solchen Auffassungen als Alternative dutlich zu machen. Beispiele hierfür sind:
- zur Forderung nach "freien Wahlen" muß sie bei jeder Gelegenheit deutlich machen, welche Möglichkeiten sie sieht, damit an der Stelle der Fremdbestimmung des Volkes durch eine Einparteienherrschaft ein System entsteht, daß die Wahrnehmung parlamentarischer Rechte durch Formen unmittelbarer Demokratie sichert.
- die sozialistische Alternative zu einer politbürokratisch angepaßten Gewerkschaft kann nicht im Aufgeben des Prinzips der Gewerkschaftseinheit bestehen. An die Stelle des Abwartens oder gar Liebäugelns mit der Forderung zu Neugründungen muß die Forderung nach tiefgründigen Umgestaltungen der Gewerkschaften innerhalb des FDGB treten, weit über die jüngsten Beschlüsse des FDGB-Bundesvorstandes hinaus. Es ist schon bezeichnend, wenn westdeutsche (auch sozialdemokratische) Politiker, die ansonsten zu Recht die Gewerkschaftseinheit in der BRD als Errungenschaft betonen, uns heute einen Gewerkschaftspluralismus empfehlen.
Eine solche Art des Herangehens an Fragen politischer Demokratie mag die Bündnisfähigkeit mit Vertretern bürgerlich-demokratischer Auffassungen einschränken. Sie wird uns aber helfen, Bündnispartbner dort zu finden, wo sie nötig sind, um unserem sozialistischem Anliegen gerecht zuwerden.

Nur eine solche öffentliche Haltung zu allen Fragen, vor allem aber zum Problem sozialistischer Produktionsverhältnisse, kann der Bewegung helfen, sich aus einer Situation zu befreien, in der wir von vielen potentiellen Bündnispartnern nur als "sozialistischer" Wurmfortsatz für ihrem Wesen nach bürgerlich-demokratische Bewegungen wahrgenommen werden.

Nur eine solche öffentliche Haltung kann der Bewegung helfen, die Bündnispartner zu finden, deren unser Land bedarf, um eine sozialistische Entwicklung in Gang zu setzen.

Nur eine solche öffentliche Haltung kann der Bewegung helfen, den Namen "Vereinigte Linke" für sich zu Recht zu reklamieren.

Wolfgang W.
Mitarbeiter im VEB Kombinat
Stadtwirtschaft Berlin
Mitarbeiter des Projekts
"Vereinigte Linke"

EINLADUNG ZUM TREFFEN DER

ArbeiterInnenversammlung

am 19.11.1989 von 14.00 bis 18.00

Uhr im blauen Salon/Mehringhof

Die ArbeiterInnenversammlung hat ihre Phase der Aufarbeitung, der Selbstverständnisdiskussion zu einem vorläufigen Ende gebracht. Rund 25 Menschen kamen am 22.10.89 zur AV in den Mehringhof. Darunter auch einige neue und etliche alte Gesichter. Zwei Positionen standen sich in der Vorbereitung dieses Treffens gegenüber. Die einen wollten die AV zu einem "Aktionsbündnis" machen, von dem aus Betriebsgruppen in westberliner Betrieben initiiert werden sollten. Die anderen wollten ein regelmäßig öffentlich tagendes Diskussionsforum, wo Erfahrungen der politischen Praxis unter übergreifenden Fragestellungen mit vorbereiteten Materialien erörtert werden. Nach rund drei Stunden Diskussion waren sich alle einig: Die AV wird als Diskussionsforum weitertagen. Ihr Tagungszyklus soll vierwöchig sein. Ein Einladungschreiben soll es regelmäßig geben, mit dem Papiere zum vereinbarten zentralen Thema verschickt werden. Ferner soll sichergestellt sein, daß solch ein Treffen auch Raum gibt zur Diskussion von unmittelbaren aktuellen Anlässe. Dies wurde sogleich in der letzten Stunde probiert, als eine Diskussion zur DDR-Entwicklung aufgenommen wurde.

Als vorläufige Tagesordnung wurde für den 19.11.89 festgelegt:

1. Aus- und Übersiedler = Neuzusammensetzung der westdeutschen und westberliner ArbeiterInnenklasse?
2. Festlegung der nächsten AV-Themen
3. Einladungsschreiben oder Rundbrief oder wie vermittelt sich die AV gegenüber "draußen"?
4. Das aktuelle Thema: DDR-Entwicklung

aus: "telegraph" Nr. 7 vom 4.11.89.

EINE KUNDGEBUNG ALS PLEBISZIT

Hinsichtlich der Menschenmenge, die sich am Sonnabend, den 4. Oktober in Berlin zur Demonstration für die Artikel 27 und 28 der Verfassung traf, sind wir immerhin auf die Schätzungen der Westmedien angewiesen - eine halbe Million, die größte Demonstration in der Geschichte der DDR. Sonst aber waren Berliner in einer nie gekannten Weise eigenständig geworden, zwar in einer offiziell genehmigten Demonstration, aber immerhin. Dieses kleine verschlafene Land ist endlich aufgewacht und nicht mehr wiederzuerkennen, meinte einer der Redner der Kundgebung. Sinnfällig unterschied sich diese Kundgebung von jeder anderen, die zuvor in der Hauptstadt der SED stattgefunden hatte. Die Gedanken der Redner fanden entweder durch entsprechende Plakate in der Menge und die Resonanz der Zuhörenden Bestätigung oder standen im hörbaren und sehbaren Kontrast zu den Berlinern, am ärgsten der Berliner Parteichef Schabowsky, der ausgepfiffen wurde. Kennzeichnendes Bewußtsein für die neue Entwicklung, sagte Christa Wolf, ist der oft wiederholte Sprechchor: "Wir sind das Volk". Dieses Volk, dem Egon Krenz und sein Politbüro noch am Freitag abend eilfertig die letzten, diesmal wirklich schwergewichtigen Rücktritte und Versprechen kühnster Art mitgeteilt hatte, will offensichtlich Demokratie und Selbstbestimmung. Eine neue DDR-Identität ist entstanden, die Identität einer gewaltlosen Revolution. Mindestens die Berliner Bevölkerung hat in diesem Zusammenhang auch offensichtlich nichts gegen einen neuen Versuch zu einem wirklichen Sozialismus, jedenfalls nach einem freundlichen Beifall zu urteilen, den auf eine entsprechende Bemerkung Stephan Heym erhielt. Andere Leute, die von Sozialismus sprachen, wie ein ehemaliger Offizier der Staatssicherheit und, wie gesagt, Bezirksparteichef Schabowsky wurden ausgepfiffen, weil ihnen gegenüber und gegenüber der SED eine durch Jahrzehnte begründetes Mißtrauen besteht. Leute, die, wie Christa Wolf sagte, gestern der Bevölkerung noch die Krallen zeigten und heute ein Sammetpfötchen zum Dialog reichen, Egon Krenz zum Beispiel, der auf einer allgemein belachten Karrikatur beim Grinsen seine riesigen Zähne zeigt. Darunter die Frage: "Großmutter, warum hast Du so große Zähne." Lautstark ausgepfiffen wurde denn auch die Hervorhebung des Schulterschlusses zwischen Krenz und Gorbatschow durch Schabowsky. Diese Art von "Wende"-Politikern, die eben nur gewendet sind, können niemand mehr befriedigen. Statt Vertrauen zu fordern muß, wie es auf einem Plakat hieß, erst einmal Vertrauen geschaffen werden.

Am liebsten wollen diese Leute endlich selbst regieren, auf keinen Fall wollen sie sich wieder von einer Partei führen lassen, deren Versagen für jeden deutlich auf der Hand liegt. Niemand hat etwas gegen eine Regenerierung der SED und SED-Mitglieder, die das versprachen, bekamen freundlichen Beifall. Aber daß eine so durch und durch vermorschte und korrumpierte Partei die Frechheit besitzt, jetzt noch von ihrem Führungsanspruch zu schwatzen, stieß auf allgemeine Empörung.

Meine bange Frage war in den letzten Tagen, ob die Bevölkerung durch so lange Jahrzehnte Diktatur nicht so dissozialisiert, so unselbstständig und führungsabhängig geworden ist, daß sie sich nur in die Arme neuer, mehr oder weniger schlimmer Anführer wirft. Die ohnehin schon starke Minderheit, die statt kausalem Denken eher nationalistische Projektionen bevorzugt, wurde von den Herrschenden in den vergangenen Tagen mit Pressemeldungen bedient, daß Ausländer den DDR-Bürgern alles wegkaufen. Wir hörten von pogromartigen Exzessen gegen Ausländer und farbige DDR-Bürger. 60% der in die BRD geflüchteten DDR-Bürger sind nach Umfrageergebnissen CDU-Wähler. In dieser Hinsicht war die Berliner Demonstration ermutigend. Abgesehen von einigen Leuten, die ihren Wunsch zur Übersiedlung in die BRD völlig legitim mit schwarz-rot-goldener Fahne zum Ausdruck brachten, gab es nur einen Hinweis auf nationalistische Gesinnung: ein Flugblatt über die kaufhausplündernden Ausländer, das aber schon Ende vorigen Jahres durch die DDR kursierte. Zu bedenken bleibt, daß die Demonstration natürlich insofern nicht repräsentativ war, als hier der aktivste und eigenständigste Teil der Bevölkerung vertreten war. Die anderen, die Inaktiven, könnten aber in Momenten politischer

Irritation eine entscheidende Bedeutung gewinnen und gerade an der Wahlurne, wo nicht gedacht werden muß, sondern eben nur eine simple Entscheidung zwischen vorgegebenen Programmen nötig ist.

Eben deshalb mußte es unbehaglich stimmen, wie auf der Tribüne die Vertreter der legalen und demnächst zu legalisierenden gesellschaftlichen Vereinigungen, von der LDPD über die Berliner Künstler zum Neuen Forum sich gegenseitig die Bälle zuspielten. Der eine hatte die "Wende" in Gang gebracht, der andere hatte sie gestiftet, der dritte wollte sie schon immer. Und alle auf der Tribüne vertretenen Reform-Plattformen und -Parteien steuerten stracks auf das Wahlklosett zu, für das sie gewissermaßen schon vorbeugend Wahlkampf betrieben. Ohne in Bauchnabelschau zu verfallen - es war schon eigenartig, wie gänzlich die Gruppen unerwähnt blieben, die seit Jahren eine Veränderung vorgedacht und gefordert haben, und zwar ohne sich selbst als neue Führende anheischig zu machen. Überlegt und probiert wurde vielmehr in den aktiven Friedens-, Umwelt- und anderen Basisgruppen, wie Selbstbestimmung und Eigenverantwortung möglich ist, ohne das Denken bei einem Vertreter abzugeben. Und genau diese Leute, die seit Jahren für die anderen Kopf und Kragen riskiert haben, gelten immer noch als verdächtig und anrüchig. Natürlich, denn sie sind selbstständig und daher unkalkulierbar und werden wohl kaum verzückt und sprachlos den Worten eines Herrn Gerlach oder eines Sprechers des Neuen Forums folgen.

Nicht nur, weil dann eben jener "schweigende" weil noch kausalitätsunfähige Teil der Bevölkerung schwerer wiegen würde, wäre es schade, wenn diese große schöne Bewegung im Wahlklosett enden würde. Demokratieformen können nicht einfach unreflektiert aus Westen oder Osten übernommen werden, sondern müssen darauf abgeklopft werden, wieweit sie dem Selbstregierungsbedürfnis und der Selbstregierungsfähigkeit der DDR-Bevölkerung gerecht werden. Eine solche Entscheidung darf nur in einer gesamtgesellschaftlichen Debatte gefällt werden, wie sie beispielsweise vielerorts in den Basisgruppen des Neuen Forum geführt wird, aber nicht nur dort. Hoffnungsvoll stimmt z.B. die Bürgervertretung in Dresden und Leipzig oder Initiativen zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften und Studentenvertretungen. Es kommt halt nicht auf den Namen des Forums an, sondern darauf, inwieweit Demokratie dort tatsächlich realisiert wird. Wenn die SED, wie es ganz offensichtlich der Meinung der überwiegenden Mehrheit des Volkes entspricht, ihren Führungsausspruch aufgeben muß, sollte das zugunsten der Bevölkerung, nicht zum Nutzen neuer führender Parteien geschehen. r.l.

aus: "telegraph" Nr.7 vom 4.11.89

Revolutionäre Besonnenheit = Keine Gewalt?

Prof. Dr. Rita Schober, Präsidiumsmitglied des P.E.N.-Zentrums der DDR hat sich in einem Schreiben an den Generalsekretär Walter Kaufmann unter anderem
"... für eine energische Distanzierung von jenen gewaltsamen Provokateuren, die Gut und Leben gefährden und friedliche Demonstranten in Mißkredit bringen und angemessene Bestrafung." erklärt.
"Keine Gewalt" ist nach dem Wort "Dialog" der beliebteste Slogan bei jung und alt. Seltsam nur, daß diese Aufforderung scheinbar vor allem an Demonstranten gerichtet ist.
Nach der Amnestie für gewaltfreie Demonstranten stellten die Mahnwachen zeitweilig ihre Tätigkeiten ein, alle sind glücklich und beruhigt.
Die sogenannten gewalttätigen Demonstranten können demnach ruhig in den menschenzerstörenden Knästen sitzen.
Sicher hat auch Götz Selöttke aus Dresden, aktiv in der Künstlergruppe Meier und zu 1 Jahr Knast verurteilt, als er lieb und höflich von Polizistinnen in schicken Uniformen zum Dinner geladen wurde, mit Wasserwerfern, Hunden und Knüppel geantwortet.
Und das kurz vorm Dialog-Befehl.
Wacht auf! Die Gewaltdiskussion hat doch nur den Sinn uns zu spalten.
Wer bestimmt denn, was Gewalt ist?Wie kann überprüft werden, ob wirklich Gewalt angewendet worden ist?Wann wird endlich über Widerstand gesprochen? Von wem geht denn die Gewalt aus?
- Polizei- und Überwachungsapparat, Armee, GST, Kampfgruppen
- Disziplinierung, Strafen in Kinderkrippen, Kindergärten und Volksbildung
- politische Paragraphen und Knäste

...
Die Gewalt geht immer vom Staat aus!! /Wenn sie vom Volke ausgehen würde, hätten wir ja schon

Kommunismus, oder was...)
Steinwürfe oder andere verzweifelte Wutaktivitäten sind sicher unnütze Aktionen. Aber bei der brutalen Terrormaschinerie der VoPo zumindest verständlich und nachvollziehbar und deshalb - Freiheit für alle Inhaftierten! Natürlich gibt es eine Gruppe bei Demos, die nicht zum Zuge kommen darf-Menschen mit faschistischen, antisemitischen, nationalistischen Absichten. Bei der Demo vom 24.10. in Berlin gab es leider solche Sprüche wie (zu Soldaten gewandt) "ihr Votzen, ihr Schweine, euch sollte man hängen!" oder "Los zum Brandenburger Tor - ich will Hamburger essen!" oder faschistische Flugblätter auf der Demo vom 4.11.
Linke müssen verhindern, daß sich Faschisten und Spießbürger, die jetzt aus ihren Löchern kriechen, auf unseren Demos austoben.
Trotz alledem! Viel Spaß FÜR DIE NÄXTE DEMO! VENCEREMOS! D.T.



ERSTE OST-WEST DEMO AM KOMMENDEN SONNTAG (19. NOVEMBER)

telegraph

Aktuelle Blätter der Umwelt-Bibliothek Berlin
Griebenowstrasse 16, Berlin 1058

flugblatt 13.11.1989

Gemeinsame Erklärung zum Giftmüllimport aus Westberlin

Etwa 40.000 Tonnen "Sondermüll werder jährlich auf die Deponien Vorketzin, Deetz und Schöneiche verkippt. 15.000 Tonnen davon sollten in der Sondermüllverbrennungsanlage (SMVA) Schöneiche verfeuert werden.
Eine Nachrüstung der seit einem Jahr im Probebetrieb befindlichen Anlage ist bisher nicht erfolgt. Seit Anfang Oktober ist die Anlage vorläufig stillgelegt. Dioxin- und Quecksilberausstoß sind zu hoch. Die zu unterschiedliche Zusammensetzung des Mül : führte zu einer Havarie im Brennraum. Deshalb rollen Giftmül-LKW's nun verstärkt nach Vorketzin, einer Hausmülldeponie ohne Basisabdichtung. Deren Beschaffenheit läßt darauf schließen, daß das Grundwasser weiträumig verseucht ist. Dieser Zustand besteht schon seit Jahren.
Wir fordern deshalb:

1. Sofortige Einstellung der Giftmülltransporte in die DDR und gleichzeitig Auslösen des Sondermüll-Notstandes in Westberlin.
2. Durchsetzen eines Sondermüll-Vermeidungskonzeptes in Westberlin
3. Veröffentlichung aller vorhandenen Meßdaten zur SMVA Schöneiche und den Deponien
4. Erstellung eines unabhängigen Gutachtens über den Zustand der Deponien und deren Sanierung.
5. Einberufen einer Gesprächsrunde von Experten, Behörden und Vertretern der unterzeichnenden Umweltvereinigungen

Wir erwarten eine schnelle Antwort von der Regierung der DDR und dem Senat von Berlin/West.

Unterzeichner:
- Umweltbibliothek Berlin, Griebenowstr. 16, Berlin 1058
- Grünes Netzwerk "arche", Region Berlin/Brandenburg, c/oM. Voigt, Kollwitzstr, 66, Berlin 1058
- Demokratischer Aufbruch - sozial, ökologisch c/o G. Nooke, Bahnhofstr. 6, Forst 7570
- Müllgruppe BRD-DDR (Bloß rüber damit - Dreck dankend retour) Westberlin, c/o I. Scigulla, Lobeckstr. 19, 1000 Berlin 36

Berlin, 7. 11. 1989

Auf obige Erklärung haben der Westberliner Senat und die DDR-Regierung bis heute nicht geantwortet. Wenn wir sie nicht daran hindern, werden sie unser Land, die DDR, auf Generationen hinaus verseuchen. Boden, Wasser und Luft werden vergiftet sein, unsere Lebenserwartung wird sinken, immer mehr Säuglinge werden geschädigt zur Welt kommen. All das, um einigen Funktionären im Osten und einigen Industriebossen im Westen die Privilegien zu erhalten - auf dem Rücken des Volkes. Nicht nur in dieser Hinsicht verstehen sich die Herrschenden in Ost und West bestens. Wir müssen uns wehren! Wir rufen auf zu einer *gewaltfreien* Demonstration am Sonntag, den 19. November 14 Uhr vor dem Westberliner Rathaus Schöneberg

Mitglieder der Umwelt-Bibliothek Berlin, Arche - Projektgruppe Luft, Mitglieder der Kirche von Unten



»Nicht müde werden«

BACKSTEIN BLEIBT UNSA!

Wir werden nie weichen,BACKSTEINFABRIK BLEIBT UNSER!
Heute morgen(9.11.89) haben uns wiedermal AL-SPD Senat vorgeführt,wie Sie Betroffenen Politik machen.Mit massiver Bullengewalt und 14 Festnahmen wurde unsere tägliche Blockade vor den Eingängen der Backsteinfabrik ein Ende gesetzt,vorläufig aber nur!
Hintergrund ist:Nachdem wir es geschafft hatten,die Maler,Bildhauer und Architekten,die mit der GSG bereits Mietverträge abgeschlossen hatten, durch unsere Blockade und gutes Zureden daran zu hindern,sich in der Fabrik auszubreiten,meinten Sie nun uns mit einen besonders genialen Schachzug unter Druck zu setzen und die Türen endgültig für KOSMOS zu schließen.
Aus,Um und Einsiedler,an die 4oo,sollen nun ein Heim in der Fabrik finden.
Also Konkret heißt das:Die Backsteinfabrik soll zum AUSSIEDLERHEIM umgebaut werden!Der Senat denkt das wir es problematischer finder werden Widerstand gegen Aussiedler zu organiesieren.ABER DAS WERDEN WIR NICHT!
Um nochmal Unmißverständlich klar zumachen:Probiert werden soll wieder mal die alte Strategie,uns gegen andere soziale Randgruppen auszuspielen,doch ihr plan wird in die Hose gehen.
Wir haben nicht 1o Jahre um den Erhalt der Backsteinfabrik gekämpft um zuzusehen wie profitsüchtige Gesellschaften die Fabrik zum Aussiedlerheim umbauen.
WIR WERDENKEINEN ZENTIMETER WEICHEN,DIE BACKSTEINFABRIK GEHÖRT UNS;
und daran wird auch kein AL/SPD-Senat etwas ändern können!!
Kosmaos wird der einzigste Nutzer der Backsteinfabrik sein!Der Block 73 wird auch nicht mit Bullenrepression und übler Diffamierung und Kriminalisierungskampangen ruhig gestellt werden können.Wir werden alle Formen des Widerstandes ausschöpfen,Wir sind noch lange nicht am Ende,Wir haben noch garnicht richtig begonnen!Wir garantieren euch:Ohne Backsteinfabrik kein Frieden im Kiez!Wer Gewalt sät,kann die Ernte gleich mitnehmen.
Bullen raus aus Kreuzberg!
AB HEUTE DEN 9.11.89 SOLEN DIE UMBAUARBEITEN ZUM AUSSIEDLERHEIM BEGINNEN, UNSERE BLOCKADE GEHT WEITER,TÄGLICH AB 7UHR FRÜH,MIT KAFFEE UND FRÜHSTÜCK.
KOMMT MASSENHAFT:KOMMT MASSENHAFT!!!!!!!!!
Rücknahme der Strafanträge!Übergabe der Fabrik an KOSMOS!Realisierung unseres Gesamtkonzept für den Block 73!!Hände weg vom Kinderbauernhof!!
Kita in die MITLEHNER-Fabrik!Aus und Umsiedler ins ICC und ins Rathaus Schöneberg!Die Häuser die drin wohnen!

FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN!!

V.I.S.D.P.Das Volk

BACKSTEINFABRIK CHRONOLOGIE

Mitte bis Ende der 70er Jahre wurden die ursprünglichen Gewerbemieter der Backsteinfabrik gekündigt,die Fabrik sollte abgerissen werden.
Am 11.7.81 wurde die Fabrik von Menschen,die den Abriß verhindern wollten, besetzt.
Verhandlungen um die Backsteinfabrik,die diesen Namen seit 1980 trägt, fanden von Anfang an unter Beteiligung von Bausenat und Bezirksvertretern statt- vor der Besetzung und anschließend.
Der Name Backsteinfabrik steht seit 1980 für das Gebäude und seine kiezbezogene kulturelle und soziale Nutzung : damals Wohngruppen,Töpfereta Theater,Punkerschule,Kiezdisco,Druckerei und Kiezzeitung / Archiv .
Gegen Kahlschlag,Verfall,Vertreibung von Anwohnern setzten wir Initiative von unten.
Nach einer ZUsage des Bausenats,Sanierungsmittel für die Fabrik bereitzustellen,wurde am 5.5.83 ein Nutzungsvertrag zwischen der GSG und den VertreterInnen der Nutzergruppen abgeschlossen (Überbegriff für die Nutzergruppen : K.O.S.M.O.S.) ;der Vertrag war befristet bis 30.9.84, dem voraussichtlichen Ende der Bauzeit.
In diesem Vertrag wurde vereinbart,daß die Baumaßnahmen in Absprache zwischen GSG und KOSMOS und mit Architekten des Vertrauens von KOSMOS durchgeführt werden.
Außerdem stand dort : "Nach abgeschlossener INstandsetzung wird die GSG mit dem Verein KOSMOS einen langfristigen Pachtvertrag abschließen".
1984 wird dann endlich gebaut,aber nicht für lange;mitten in den Dachabrißarbeiten ,am 23.7.84,dreht Bausenator Franke den Geldhahn zu,das Dach bleibt zunächst offen stehen.
In der Folgezeit lief der Nutzungsvertrag aus und wurde nur noch einmal bis zum Jahresende verlängert,danach weigerte sich die GSG den Vertag weiterlaufen zu lassen.Während der ganzen Zeit war von offizieller Seite nichts passiert,so daß KOSMOS,ohne Vertag,die Winterfestmachung des Hauses organisierteund für die Renovierung der Etagen sorgte;in Eigenleistung wurden Öfen besorgt,das Dach repariert,Schimmel und Hausschwamm bekämpft.
Wir - KOSMOS - retteten das Haus vor dem Abriß,setzten uns für die Unter Denkmal Schutz Stellung ein und waren nun die nützlichen Idioten für GSG und Bausenat,indem wir die Fabrik vor dem Verfall bewahrten,beheizten,für ein Notdach sorgten usw.
In falschem Vertrauen auf Zusagen von GSG und Senat investierten wir unser Arbeitskraft und Material in den Ausbau und die Sicherung der einzelnen Etagen.

Beispiel Sportetage :
Im Zeitraum Juni 83 bis zur ersten Räumung 85 wurden von der Sportgruppe und von ihr beauftragten und bezahlten FIrmen aus eigenen Mitteln folgende Arbeitsleistungen erbracht : Verglasung,Verputzerarbeiten,Ausbessern der Decke,Stahltüren richten,Elektrohauptanschluß,Montage von Leuchtstofflampen,Verdrahtung,Verlegen von Leitungen.Dazu kommen ca 400 Arbeitstunden,wie Räumen von Schutt,Sperrmüll und Gerümpel,Abriß von statisch nicht zugelassenen gemauerten Wänden,DEmontage der defekten Elektroinstallation,Tragkonstruktionen von Maschinen an Wänden ......

Beispiel Veranstaltungsetage :
Verglasen,Verputzen,Elektroinstallationen,Lärmdämmung,Einbau von Sanitäranlagen,Malerarbeiten,Inneneinrichtung.

Die GSG nutzte die vertragslose Zeit,um ohne Absprache mit KOSMOS die Firma WSP als Bauleitung einzusetzen.
Im August85 erfolgte eine erneute,die zweite,Zusage des Bausenats,Gelder für die Backsteinfabrik bereitzustellen,allerdings erst für 86;eine Kopie dieses Schreiben ging auch anKOSMOS,so daß wir davon ausgingen,daß sich am ursprünglichen Konzept nichts ändert.
Im SEptember 85 folgte dann der erste massive Versuch,eine andere soziale Gruppe gegen KOSMOS auszuspielen,die TEK Schülergruppe: die GSG kam mit der Fertigstellung der GRuppenräume für diese Gruppe nicht nach und verwies diese auf KOSMOS und die Backsteinfabrik,obwohl dort zu dieser Zeit der gesamte linke Strang unbenutzbar war.Die TEK teilte darauf der GSG mit, daß die Backsteinfabrik für die Gruppe ungeeignet sei,worauf die GSG der Gruppe erstmal fristlos kündigte.Unter dem Motto " Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen " besuchten am 13.12.85 TEK,KOSMOS und Pressevertreter die GSG und suchten das Gespräch.Nach viel zu artigem Warten ließ man uns mitteilen,die GSG wolle nicht mit uns reden und bemühte die Polizei,um uns loszuwerden.
Einige Tage vor Wiedereröffnung der frisch renovierten Öffentlichkeitsetage im November 85 ließ die GSG die Schlösser Knacken und klaute 2 Industrieöfen,die im Rahmen der Wintersicherung 84 über das Bez.amt aufgestellt worden waren,Strom und Wasser wurden abgestellt,obwohl ein Stromlieferungsvertrag vorlag.
Am 19.11.85 fand eine Hausdurchsuchung wegen angeblichen Stromdiebstahl statt,am Samstag 23.11.85 folgte die zweite Wiedereröffnung und dann am 25.11.85 die Räumung.
Als REaktion auf die Räumung gab es u.a. Resolutionen,Presseerklärungen und SChreiben an den Bausenat,auch von Baustadtrat Orlowsky und dem IBA-Gesch.führer Hämer,sowie der ERneuerungskommission,in den eindeutig festgestellt wurde:
- daß die Finanzierung für das Projekt Backsteinfabrik zwischen Bezirk und Senat abgesichert sei
- daß die Räumung gegen alle Absprachen verstoße
- daß die Glaubwürdigkeit von Senat und Eigentümer in Zweifel zu ziehen sei und anderes mehr.

Ferner wurde der Senat aufgefordert,die Räumung rückgängig zu machen,von seinen Weisungsmöglichkeiten an die GSG Gebrauch zu machen ......
Eine Reaktion seitens des Senats erfolgte nicht,die GSG konnte sich bestätigt fühlen und lehnte das Ersuchen des KOSMOS e.V. um weitere Verhandlungen ab.
Trotzdem gab die GSG im Januar 1986 bei der Sanierungsverwaltungsstelle zu Protokoll: "Einigkeit besteht darüber,daß KOSMOS e.V. der Nutzer des Gebäudes bleibt und die ursprüngliche Nutzung weiterbetreibt."
Im Laufe des Jahres 1986 wurde das ursprüngliche KOSMOS KOnzept differenziert und finanziell durchkalkuliert (unter Beteiligung von STERN).
Dieses KOnzept wurde von den beteiligten Stellen geprüft und akzeptiert.
Im Juli 86 erklärte dann die GSG gegenüber dem Bausenator ihre eigentliche Absicht und lehnte den KOSMOS e.V. als weder " Vertragsbereit noch fähig"

ab.
Eine plausible Erkärung dafür gibt es bis heute nicht,auch wenn ein Spruch
über das angeblich aggresive Umfeld dazu herhalten mußte.
Schon damals wurde die Forderung erhoben,u.a.von der EK,die GSG abzulösen
und das SPI als Träger einzusetzen.
Diese Ablösung erfolgte aber nicht,stattdessen verbaute die GSG weiter-
hin die Sanierungsgelder nach ihrem Gutdünken und ließ dann 1987 das
Eigentum der Nutzergruppen ,das sich noch in der Fabrik befand ,zerstören
und aus dem Fenster werfen.
Nach der zwiten Besetzung und direkter Räumung am 10.8.87 erfuhren wir,da
der inzwischen 4.damit befaßte Bausenator Wittwer das Verfahren über den
Bezirk hinweg kurzfristig an sich gezogen hatte,und der GSG jetzt völlig
freie Hand ließ.
Von der EK verfaßte Resolutionen,vom Bezirk nicht erteilte Baugenehmigung
änderten nichts daran,daß die GSG Elektrik,Sanitäranlagen ,Zwischenwände
etc so installierte,daß für eine KOSMOS Nutzung erneute Weiterbaukosten
entstanden,die weder KOSMOS oder der Bezirk,sondern einzig und allein die
GSG und der CDU-Bausenat unter Wittwer zu verantworten haben.
Im Klartext hieß das schon damals : kein Pardon mehr für Initiativen von
unten,schon gar nicht nach dem 1.Mai 87.Zerstörung von den gewachsenen
Strukturen mit eigenen Organisationsformen und Versuch der totalen All-
roundkontrolle .gegebenenfalls mit ständiger Polizeipräsenz und Gewalt.
(wie geschehen auf dem Kinderbauernhof bei der Räumung des Ackers und
anschließend).
Von 1987 bis 1989 wurde trotz Ek Beschlüssen,Bez.Amtsanfragen und diversen
Anträgen auf Baustopp von KOSMOS weitergebaut und zwar gegen KOSMOS
und die geplante Nutzung.
Eine neue alte Situation trat dann mit dem Senatswechsel Anfang 1989
(rot-grün) ein: Die Fabrik war fast fertig gebaut,KOSMOS gab es
immer noch,genauso wie den übrigen Block,und Bezirk und Senat kamen
nun auf IDEE: für den ganzen Block und seinen Problemen - KiTa auf dem
Ki.bauernhof,neue Strassenführung,Gwerbeerweiterung in Wohngebiet und
Backsteinfabrik wurde ein Friedensvertrag vorgelegt (der hieß wirklich
so) .Kinderbauernhof und KOSMOS sollten unterschreiben,daß ab jetzt Ruhe
in Kreuzberg herrscht,KiTa und Straße und Gewerbeerweiterung akzeptieren
und dafür könnte dann,eventuell,wenn alle "wichtigen anderen Senats usw-
stellen " zustimmen die FAbrik an KOsmos gehen und der Bauernhof eine
Förderung bekommen.
Diese Angebote waren von Anfang an nicht ernst gemeint und sollten nur
dazudienen,den Kiez zu spalten und auseinanderzudividieren.(- Blockkon-
zept 1988 !)
25.9.89
Die Verhandlung,die dann ganz schnell von Bezirksseite als geplatzt
bezeichnet wurde,lief wieder einmal nach altem Muster ab: plötzlich
solte das lang entwickelte,schon mal ähnlich gelaufene und auch
mehrmals geprüfte Konzept von KOSMOS nicht dick genug,nicht genau genug,
nicht durchdacht genug und sowieso nicht finanzierbar sein.Als großer
Hammer wurde dann erklärt,für die Finanzierungslücke,die GSG und CDU-Se-
nat zu verantworten haben,wäre jetzt KOSMOS zuständig und wenn die das
Geld nicht hätten,wäre das ganze Konzept illusorisch.Zugleich erkannten
die Damen und Herren Offiziellen,was ja schon lang gemunkelt wurde,näm-

lich daß KOSMOS gewalttätig sei (inclusive aggresivem Umfeld) und,wen wunderts,sein Geld mit Drogendealerei verdiene (Kokainachse Walde-Medellin Da die GSG seit der Räumung von KOSMOS über den riesigen dringenden Bedarf an bezahlbarer Gewerbefläche jammerte wurde dieser Mangel nun wieder entdeckt und verkündet,daß die Backsteinfabrik an normale Gewerbetreibende vermietet wird,die ihr Geld mit ehrlicher Arbeit verdienen. Daß es sich dabei um Maler,Bildhauer und Architekten handelte,versteht sich von selbst.Die Folge war,daß KOSMOS einen InfoStand vor der Fabrik aufbaute und die ZUgänge blockierte,worauf sich die ehrlichen Gewerbetreibenden überlegten,ihr Gewerbe doch lieber in Ruhe ausüben zu wollen und zwar anderswo (die Versorgung mit Ersatz durch die GSG war,scheints,kein Problem.). Anfang November kam dann der Senat nicht etwa auf KOSMOS zu, sondern entdeckte das POtential der Fabrik für eine riesige Karnickelstalljugendhergerge (300-400) für Aussiedler;die Idee ist,daß damit die sozialen Probleme im Kiez so eskalieren,daß sich der Block selbst fertigmacht und in absehbarer Zeit Senat und Bezirk endlich schalten und walten und planen können,wie sie es für richtig halten,natürlich zum Wohl des Volkes

ZUM KINDERBAUERNHOF

Seit fast 9 Jahren gibt's den Kinderbauernhof, immernoch und trotzalledem.
Wir sind ein Project, daß nicht in die eigene Tasche Wirtschaftet, wir haben kein Schrebergarten, im Gegenteil, wir sind ein sociales Project für alte und junge, kleine und große, ausländische und deutsche Menschen. Wir arbeiten mit einander, haben manchen Ärger und auch viel Spaß mit einander.
Der Kinderbauernhof ist entstanden mit Nachbarn, Freunden, mit den hier wohnenden und arbeitenden Menschen.
Wir passen in keine staatliche Schublade und lassen uns von keine Behörde bevormunden. Und genau das paßt den Regierenden und Verwaltenden an ihren Schreibtischen nicht. Das ist unter all den verschiedenfarbigen Regierungen das - selbe geblieben.
Sie wollen einen Kinderbauernhof, aber nicht unseren. Deshalb sollen wir weg. Ein schöner Streichelzoo, eingezäunt, kontrollierbar in allen Bereichen-genannt Kinderbauernhof-soll her.
Mit den verschiedensten Mitteln versuchten und versuchen sie uns wegzujagen.
Der Kinderbauernhof hat die ersten Jahren seiner Existenz unter ständiger Räumungsandrohung und ohne einen Pfennig vom Staat überstanden und sich weiterentwickelt.
Als sie das wuchernde Plänzchen nicht im Keim ersticken konnten, haben sie versucht es zu vereinnahmen. So entstand das IBA-Konzept des Kinderbauernhofes als Dienstleistungsbetriebes zwischen zwei Kita's, und dies würde als das bestmögliche Konzept- die sogenannte Kinderlandschaft- verkauft.
Dieses Konzept hätte gut ein Drittel unseres Landes gefressen.
Als wir das nicht schluckten, gingen die Erpresser ans Werk. "Wenn ihr ja sagt zur neuen Kita, gibt es satte staatl. Förderungsgelder." Wir sagten nein und Gelder flossen trotzdem, wenngleich spärlich.
Nach langen,zähen Verhandlungen wurde zugegeben, daß die Kita auf dem Acker nicht die beste, aber die einzigste Lösung sei. Unsere Alternativvorschläge für eine Kita würden vom Tisch-gefegt und wir vom Acker, mit massiver Polizeigewalt. Unser Land wurde uns gestohlen und verwüstet um einem riesigen Holzklotz hinter einem Metallgitterzaun Platz zumachen. Das Ungetüm wuchs und der zerstückelte Kinderbauernhof war fast am Ende, bis die Kita im Advent 87 brannte. Der Kiez grinste und um 10 Uhr gab's bei Edeka keinen Sekt mehr. Der Brand war der Anlaß für die nächste Diffamierungskampagne gegen den Bauernhof. Brandstifter sollten wir sein und die Eiterbeule des Bezirks. Anmerkung: Daß Fahrlässigkeit bei den Bauarbeiten



die Brandursache war, war der Presse grad einen Zwei-Zeiler Wert. Immer noch wollen sie einen Kinderbauernhof, aber nicht unseren. Aber wir waren immer noch da, und es mußte wieder verhandelt werden, nachdem Erpressung, Landdiebstahl und Gewalt nichts gefruchtet hatten. Regierungen kommen und gehen und auf einmal sollen die damals weggefegten Lösungen salonfähig sein. So entstand die Mitlehner-Variante. Das damals von uns als mögliger Standort vorgeschlagene Haus Bethaniendamm 61, soll jetzt die Kita aufnehmen, und wir unseren Acker behalten.

Wir haben bald vermutet, daß das ein Scheinangebot ist, dennoch haben wir das Mitlehner-Angebot als Verhandlungsgrundlage akzeptiert, obwohl wir am liebsten keine zusätzliche Kita im Block hätten.
Gemeinsam mit den anderen Betroffenen haben wir uns überlegt, wie wir uns den Block mit einer zusätzl. Kita im Mitlehnerhaus vorstellen können und dies unsererseits dem Amt als Verhandlungsgrunglage vorgelegt. Jetzt hätten die Verhandlungen beginnen und zu einem Kompromiß führen können.
Nichts da, das Bezirksamt und der Senat erklären die Verhandlungen vor deren Beginn für gescheitert. Kaum ist das passiert, wird auch dei Mitlehnerlösung wieden eingepackt, offenbar hatte sowieso niemand von denen vor, das Projekt Kita dort zu realisieren. Bis heute weiß keiner, wie das Land Berlin an das Grundstück kommen und wie das alles bezahlt werden soll,

ERKLÄRUNG ZUM MAX UND MORITZ

vom 3.11. bis 5.11. fand in berlin ein treffen der PANEUROPA-JUGEND DEUTSCHLAND E.V. statt.(siehe flugi in der interim nr.77). am freitag abend,den 3.11.,traf sich die führung der paneuropa-union in der gaststätte MAX UND MORITZ in der o-straße.der protest gegen diesen deutschnationalen,rechten verein entlud sich in der explosion einer gasgranate,die fensterscheibe des lokals ging zu bruch,das treffen war somit aufgelöst.am samstag morgen,den 4.11., fand anläßlich der tagung der paneuropa union im reichstag eine gegenkundgebung statt.am abend des selben tages versuppten braune farbbeutel das schiffahrtsbuffet der faschisten auf der spree.die andächtige unverfrorenheit der paneuropäer wurde auch am sonntag morgen durch ein transparent(KEIN DEUTSCHES REICH,KEIN EUROPÄISCHES REICH,KEIN HABSBURG ALS FÜHRER),parolen und die internationale aus der ruhe gebracht.der gottesdienst an der mauer für die "opfer des sed-regimes"versank damit im lärm des protestes.
wenn die faschisten glauben ungehindert ihre großdeutsch-europäische scheiße verbreiten zu können,dann wurde ihnen einmal mehr das gegenteil bewiesen!



Kreis Kreuzberg
Stresemannstraße 30
1000 Berlin 61
Telefon 030/251 51 12

SPD-Berlin, Kreis Kreuzberg, Stresemannstraße 30, 1000 Berlin 61

Presseerklärung

Berlin, 08.11.89

AL soll im Block 73 Verläßlichkeit beweisen

Zum Konflikt um die Backsteinfabrik und das von der AL geplante "Bürgerforum" erklärten der Kreisvorsitzende der Kreuzberger SPD, Peter Strieder, und der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Kreuzberg, Rainer Klebba:

Die SPD wird an dem von der AL kurzfristig eingeladenen sog. Bürgerforum nicht teilnehmen, da sie weder Veranlassung sieht ihre Position zur Backsteinfabrik zu rechtfertigen, noch den Versuch der Inszenierung eines Tribunals unterstützen will. Vielmehr müssen die AL und ihre Baustadträtin erläutern, weshalb sie die gemeinsame Linie der beiden Parteien überraschend verlassen haben.

Wir haben in unserem Brief an die AL vom 21.10.89, in dem wir die rasche gewerbliche Nutzung der Backsteinfabrik anmahnten, weil aufgrund der harrenden Forderungen von Kosmos e.V. das Bezirksamt das Scheitern der Verhandlungen feststellen mußte, an dieser Linie des Bezirksamtes festgehalten.
Als Konsequenz des Scheiterns der Verhandlungen stand von Anfang an fest: Die Backsteinfabrik wird gewerblich genutzt.
Warum dies jetzt nicht mehr gelten soll, hat die AL zu erklären.

Die AL wird auch zu erläutern haben, wie sie dazu kommt, der SPD zu unterstellen, ihr sei der Umgang mit den "Schmuddelkindern" des Kiezes ein Dorn im Auge. Gerade die sozialdemokratischen Mitglieder des Bezirksamtes waren es, die das Kompromißkonzept zum Block 73 erarbeiteten. Darin war vorgesehen:

1. Bau einer Kita im Mitlehner-Fabrikgebäude für 60 Kinder

2. Instandsetzungsarbeiten an der Erschließungsstraße des Blocks

3. Rechtliche und finanzielle Sicherung des Kinderbauernhofes

4. Übertragung der Backsteinfabrik an Kosmos e.V.

5. Erweiterung eines Gewerbegebäudes im Blockinneren

Nach dem fehlgeschlagenen Einigungsversuch beschloß das Bezirksamt mit den Stimmen der AL, "daß Punkt 4. des Konzepts (Backsteinfabrik) aufgrund der hohen Kostenforderungen für den Umbau nicht realisierbar sein wird. Damit muß seitens des Bezirkes das Bemühen um eine Gesamtlösung als gescheitert angesehen werden."
Daß die AL nunmehr ohne die zuvor verlangten Gegenleistungen die Backsteinfabrik an Kosmos e.V. überlassen will, widerspricht nicht nur dem Abstimmungsverhalten, sondern auch ihrer ursprünglich eigenen Linie, als die AL das Angebot noch als Gesamtpaket betrachtete.
Die AL muß sich weitere Fragen hinsichtlich der Seriosität ihres Vorgehens gefallen lassen:

- Kosmos e.V. selbst gibt die Umbaukosten der Fabrik für das geplante Gästehaus mit 580.000 DM an.
Warum will die AL hierfür nur 380.000 DM aus Sanierungsförderungsmitteln bereitstellen? Wer bezahlt die fehlenden 200.000 DM?

- Glauben AL und Baustadträtin wirklich an die rechtliche Möglichkeit, ein soeben saniertes Fabrikgebäude mit Sanierungsförderungsmitteln umbauen zu können?

- Wer bezahlt die Möblierung des Gästehauses, die von S.T.E.R.N. auf 500.000 DM veranschlagt wurde?

- Kennt die AL ein seriöses und durch Kosmos e.V. finanzierbares Konzept für den Unterhalt der Backsteinfabrik und der einzelnen Gewerbe, die unter dem Dach von Kosmos e.V. arbeiten wollen?

- Wie erklärt sich die AL, daß Kosmos e.V. zunächst stets behauptete, ohne staatliche Subventionen auskommen zu können und jetzt auf einer Anfangsfinanzierung besteht, die sich zu einem Betrag von knapp 1 Mio DM addieren läßt.

- Wie begründet die AL ihre Bereitschaft, den Subventionshunger der alternativen Gewerbebetriebe (Sportetage, Theater, Kunsthandwerk, Gästehaus etc.), bedingungslos zu stillen und nicht die Maßstäbe anzulegen, die bei anderen Gewerbeneugründungen üblich sind?

- Wie will die AL angesichts des großen Mangels an Kita-Plätzen begründen, daß die vor 10 Jahren mit 70 Plätzen geplante Kita jetzt nur noch 36 Plätze haben soll, wie von den Kinderbauern gefordert?

- Wie will die AL vertreten, daß sie wieder einmal umfällt, wenn einige versuchen, ihr vermeintliches Recht mit Gewalt durchzusetzen?
Die AL wäre gut beraten, wenn sie sich dem wirklich Wichtigen in diesen historischen Tagen zuwendete und den Block 73 als das behandelt, was er wirklich ist: Ein kommunalpolitisches Problem von vielen, die zu lösen AL und SPD angetreten sind.
Dazu gehört auch Standhaftigkeit und Verläßlichkeit.
Der flinke Positionswechsel, das muß die AL noch lernen, zahlt sich nicht aus.

Die SPD hält an den mit der AL gefaßten Beschlüssen über ein Gesamtkonzept zum Block 73 fest. Nachdem feststeht, daß eine Einigung mit Kosmos e.V. über die Nutzung der Backsteinfabrik nicht gefunden werden konnte, will die SPD die restlichen vier Punkte des Konzepts realisieren, so wie das Bezirksamt mit den Stimmen von SPD und AL beschlossen hat.
Das heißt vor allem: Kitaplätze und qualifizierte Arbeitsplätze schaffen.

Wenn allerdings weiterhin die geplante Kita im Mitlehnerhaus und die Rekonstruktion der abgebrannten Kita abgelehnt wird, wird es aus Sicherheitsgründen nötig sein, eine Kita in eine Blockrandbebauung der Adalbertstraße zu integrieren.

Wir wollen und nicht dem Vorwurf aussetzen, den Mangel an Kita-Plätzen tatenlos betrachtet zu haben.

Peter Strieder Rainer Klebba

DER STICH INS WESPENNEST

„Wenn STERN, SO 36, AL und der ganze Schrott versuchen, eine Spaltung hinzukriegen, so ist es aus der Angst heraus, dass wenn die Leute sich nicht untereinander fertigmachen, sich die ganze Wut und Unzufriedenheit gegen SIE richten wird. Das muss das Ziel sein, an diesem Punkt UmsetzmieterInnen und BesetzerInnen zusammen gegen Wohnungsspekulation."

Seit einigen Wochen versuchen BewohnerInnen und UnterstützerInnen der Lübbener 25-29 Namen von ehemaligen, z.T. umgesetzten MieterInnen der Häuser rauszukriegen.
Wie schon im ersten Flugi erklärt, geht es darum, erst einmal Informationen auszutauschen; inwieweit entspräche die anstehende Modernisierung den Vorstellungen der MierterInnen, welche Familien wollen überhaupt zurück - umgesetzt schon vor 4 Jahren - was ist ihnen über bervorstehende Mieterhöhungen gesagt worden, überhaupt, wie sah das Vorgehen vom Miterverein SO36 aus.
Nach diesen Gesprächen sollte, falls von MieterInnen gewünscht, gemeinsames Handeln mit den jetzigen BesetzerInnen organisiert werden.
Das geht gegen die Interessen von SO 36 und Co.
Nach mehrmaligem vergeblichem Bemühen, Namen und Adressen vom Verein SO 36 zu erfragen, wurde am Montag von UnterstützerInnen versucht, sich diese Namenslisten einfach zu nehmen.
Das scheiterte - und SO 36 nahm den Anlaß wahr, eine beispiellose Hetzkampagne z.T. in BZ-Manier zu starten. Sie haben einfach Angst: Angst, daß die Art und Weise öffentlich wird, wie SO36 MieterInnen belügt und unter falschen Versprechungen eine Zusage zur Modernisierung erschleicht; Angst, daß das Thema Modernisierung breiter problematisiert wird; Angst, daß Leute selber was machen und auf die staatlichen Programme pfeifen.
Sie müssen diesen Versuch, das ehemalige MieterInnen und BesetzerInnen gemeinsam handeln, verhindern - wie wichtig das ist geht aus der Schärfe ihrer Diffamierungen (in der TAZ trifft das logischerweise schon alle BesetzerInnen) hervor.
Das sowas am schnellsten durch einer Räumung der Häuser passieren könnte, ist ihnen bestimmt nicht erst auf dem Stadtteilausschuß eingefallen, als voll demokratisch UnterstützerInnen der Lübbi rausgeschmissen wurden.
Zufällig traf dann auch am Dienstag Morgen die erste Abmahnung der BEWOGE bei allen BewohnerInnen ein.

WIR MACHEN WEITER !!!
KEINE SPALTUNG ZWISCHEN BESETZERINNEN UND UMSATZOPFERN !!!

EIN KOMMENTAR ZUR LÜBBI

Erklärung zu dem Vorfall im "Verein SO 36" auf Seite 38

Liebe GenossInnen, liebe SympathisantInnen der Lübbi!
ein paar Zeilen zu eurer Aktion letzte Woche beim Verein SO 36. Als ich am Mittwoch die TAZ lesen durfte, war ich danach ja sehr gespannt, was das nun für eine Aktion gewesen war. Und nach der Lektüre eurer zwei Flugblätter bin ich doch ziemlich verärgert über euch. Als erstes nervt mich an euren Erklärungen diese selbstgefällige Überschätzung nach dem Motto: viel Feind viel Ehr ("... wie wichtig das ist, geht aus der Schärfe ihrer Diffamierung (...) hervor."), und daß außer allgemeinen Plattheiten nicht viel drinsteht. Aber auch sonst finde ich im Nachhinein eure Aktion ziemlich bescheuert. Offensichtlich habt ihr euch vorher nicht für 5 Pfennige Gedanken über die Wirkung eures Auftretens gemacht. Oder wundert ihr euch wirklich, daß TAZ, Eva Schweitzer, Volker Härtig usw. so eine Gelegenheit nicht auslassen, um gegen euch zu hetzen? Mit der Frage der Daten der ehemaligen und zukünftigen MieterInnen eurer Häuser, glaubt ihr ja, dem Verein SO 36 endgültig seine Maske als Interessenvertreterin des Kapitals von der Fratze gerissen zu haben. So ganz schlüssig ist das für mich an diesem Beispiel nicht. Die Argumente, die Daten aus Datenschutzgründen nicht herausgeben zu wollen, mögen vom Verein SO 36 vorgeschoben sein, von der Hand zu weisen und zu ignorieren sind sie nicht. Ich würde auch keinen wildfremden Menschen irgendwelche Adressen liefern und kann so eine Verweigerung, so ungelegen sie mir auch kommen mag, dann nur akzeptieren.
So jetzt noch ein praktischer Vorschlag, wie ihr in dieser Misere eventuell doch noch an die MieterInnen herangekommen wärt: Schreibt einen Brief an die UmsetzmieterInnen, in denen ihr ihnen ein Treffen vorschlagt und fragt den Verein, ob sie den für euch verschicken. Klar ist dabei die Gefahr, daß sie euch verarschen, vor allem nach eurem Auftritt, groß. Aber, daß ihr die Trennungslinie zwischen den Schweinen und euch so klar habt, wie ihr in euren Flugis jetzt tut, ist ja wohl auch nicht schon immer so. Immerhin habt ihr ja schon mal Nutzungsverträge für euch rausschlagen können. Und ich finde es falsch den Bruch gerade an diesem Punkt, der mir völlig nebensächlich erscheint, und den niemand nachvollziehen kann, vollziehen zu wollen.

Leute bleibt heiter,
der Häuserkampf geht weiter!!!!

HÄUSERKAMPF IN NEUKÖLLN

Betr.: Werra-Block

Am 1. November erschien in der "Berliner Morgenpost" ein Artikel über 70 leerstehende Wohnungen im Block Werrastr,-Treptowerstr.-Weigandufer. Die Wohnungen stünden seit längerem leer, selbst Leerstandsgelder von 140.000 DM hätten die Besitzerin nicht zur Vermietung zwingen können. Die ihrerseits wollte die leerstehenden Wohnungen mit Aus-/ÜbersiedlerInnen vollpacken. Dies hätte der Bezirk nun untersagt, weil es in der näheren Umgebung bereits mehrere solcher Heime gebe. Dann war da noch von einem Ultimatum die Rede, mit dem die Besitzerin unter Androhung der Beschlagnahme zur Vermietung gedrängt werden sollte. Ansonsten würde ein bereits gestellter Antrag auf öffentliche Mittel gegenstandslos werden.

Das klang alles andere als widerspruchsfrei. Also haben wir uns auf die Socken gemacht, sind ins tiefste Neukölln gegangen, haben das Bezirksamt tottelefoniert und sind diversen anderen Quellen auf die Nerven gegangen. Es hat sich gelohnt:

Als Eigentümerin ist im Grundbuch eine Elvira Skoblo (Kronbergerstr. 4, 1/33) eingetragen, eine geborene Braun. Immobilien Braun & Co. (Bismarckstr. 103, 1/12) machen die Hausverwaltung. Hier werden auch die Entscheidungen über den Block gefällt. Geschäftsführerin der Gesellschaft ist Malvina Braun, wohl die Mutter von Elvira. Diese hat vor den "Werra-Block" privatzumodernisieren.

Bei Privatmodernisierungen ist es so, daß 11% der Modernisierungskosten (die kaum nachgeprüft werden können) auf die Jahresmiete draufgeschlagen werden. Die Miete beträgt dann z.B. nicht mehr 3, sondern 12 DM pro Quadratmeter. Es versteht sich, daß viele sich solche Mieten dann nicht mehr leisten können. (oder viel mehr dafür arbeiten müssen). Aus ArbeiterInnenvierteln werden Viertel für aufstrebende KarrieristInnen. Kleine Läden weichen weichen Sexshops, Videotheken (im Block schon vorhanden) und Spielhallen, die fast jede Miete zahlen können. Umstrukturierung nennt man so etwas, eine Tendenz, die sich für Neukölln 44 sowieso durchzusetzen scheint. Wenn, ja wenn sich die Menschen, die an so etwas nicht interessiert sind, nicht dagegen wehren.

Aber zurück zum Werra-Block: Gegenüber dem Bezirk, der diesen Leerstand kritisierte, erklärte Braun, sie sei am modernisieren, das ginge nur nicht so schnell, schließlich müsse sie alleine arbeiten, weil sie nicht in der Lage wäre, eine Firma zu beauftragen. Das Ergebnis: Einige Tapetenbahnen, die in manchen Wohnungen angeklatscht wurden, hier und da neue Fenster. Das Interesse des Bezirkes ist eine öffentlich geförderte Modernisierung, gegenüber der Privatmodernisierung das kleinere Übel. Man will"niedrige" Einstiegsmieten (4.40 DM), vor allem aber braucht man Umsetzwohnungen für Sanierungsbetroffene aus anderen Häusern. Das mit den AussiedlerInnen war allerding bereits ein Deal, den ein Teil des Bezirksamts eingegangen ist, um für die restlichen Wohnungen eine öffentliche Förderungen zu ermauscheln. Nur die Stadträteversammlung legte sich quer, der Bezirk ist sauer, Braun ist sauer, und alle gehen, zumal nach einem informellen Gespräch mit Braun, davon aus, daß nach Ablauf des Ultimatums Braun (weiter) privat modernisieren wird, ist ja auch viel profitabler - FÜR SIE.

Umbau zum Umsiedlerheim abgelehnt

140 000 Mark Buße



Was heißt das?
Erstmal, daß weiter die 70 Wohnungen leerstehen. An eine Beschlagnahme wird im Bezirk lt. Auskunft des Chefs der Sanierungsverwaltungsstelle nicht mehr gedacht. Und die Leerstandsgelder gehn der Braun-Gruppe eh kalt am Arsch vorbei. Diese Wohnungen werden wohl, nachdem das Aussiedlergeschäft geplatzt ist, mit möglichst hohem Standart modernisert (Kachelbäder usw.) In mehreren Wohnungen am Weigandufer ist diesbereits der Fall. In den anderen Wohnungen werden die MieterInnen wohl unter Druck gesetzt, auszuziehen, oder einer Modernisierung ihrer Wohnungen zuzustimmen.

Was wollen wir? Rein! Logo
Vor dem Hintergrund der letzten Erfahrungen mit Besetzungen, vor allem auch mit unseren eigenen (Weserstr. 39), wollen wir diesmal nicht sofort mit der Tür ins Haus fallen (zumal auch noch viele andere MieterInnen dort wohnen, die wir nicht einfach so mit ner Besetzung konfrontieren wollen) Wir wollen vielmehr die Sache mit dem Werra-Block öffentlich machen, viele andere Gruppen und Menschen in Neukölln (und anderswo) ansprechen und schauen, ob wir nicht zusammen, und zusammen mit den jetzigen MieterInnen, etwas Leben in den Block bekommen. Im Klartext. Wir wollen so was wie ne Kampagne um den Block und Braun machen, die Sache nicht aus den Köpfen und der Presse (zumindest der INTERIM, äh) kommen lassen. Wir werden sagen, wir wollen rein, und wir gehen rein, wenn die Zeit dafür reif ist, d.h. wenn eine solche Aktion sowohl von den MieterInnen als auch von einer breiten Öffentlichkeit getragen wird. Wir wissen, daß wir dabei Gefahr laufen, den Bezirk zum Handeln zu zwingen, bevor wir dazu kommen, oder daß Braun in den Wohnungen rumwütet odr die MieterInnen unter Druck setzt und gegen uns ausspielt. Aber wir wissen auch, daß Braun bei den MieterInnen ungeliebt ist, und daß ihnen an weniger hohen Mieten liegt. Und vor allem: Wir sehen die Gefahr, wie es ablaufen kann, wenn wir gleich reingehen. Wenn geräumt wird, ist die Sache bei vielen abgehakt, bei euch (schon wieder ne Räumung) und bei vielen BesetzerInnen auch, es fehlt oft die Energie und Motivation, weiter dran zu bleiben, mensch ist praktisch rausgeflogen, bevor sich viele andere dazu verhalten konnten.

Wir hoffen, daß sich viele dazu verhalten, wenn es mal andersrum läuft. Gelegenheiten dafür gibt es einige: Neuköllner Gruppen, Initialtiven und Einzelpersonen, die nach Räumen für ihre Arbeit suchen, Obdach- und Wohnungslose, MieterInnen, die sich mit derselben Hausbesitzerin und Verwaltung rumschlagen müssen, und nicht zuletzt Menschen, die was dagegen haben, daß in dem Stadtteil eine gewisse Geldbeuteldicke Vorraussetzung dafür ist, reingelassen zu werden. Mit all denen (euch) zusammen und mit vielen anderen, auch NeuköllnerInnen, wollen wir den Werra-Block angehen. Wir hoffen, daß wir auf die Art und Weise auch wieder aus der Defensive rauskommen, in der wir uns, trotz aller Wohnungsnot, zur Zeit befinden. Damit ist es auch nicht mehr allein unsere Sache, sondern die von allen.

Wir laden deshalb alle, die daran Interesse haben, die keine Wohnung haben (die an der proletarischen Organisierung interessiert sind (es gibt im Block keine WG'S und Studies)) die Räume für ihre politische Arbeit brauchen, die auch von Braun betroffen sind usw. ein:

und zwar für Sonntag, den 12. November, 18.30 Uhr
Weserstr. 155 in den Krümelladen,

Dort wollen wir das weitere Vorgehen besprechen , die MieterInnen wurden mit einem Brief ebenfalls eingeladen. Es verspricht also spannend zu werden

ZUR RADIKAL

AUFGEBLASEN

IHRE FAKTEN

Am 2.11.89 haben Staatsbüttel unter BKA-Regie den AurorA-Verlag in Westberlin und die Winddruck-Druckerei in Siegen durchsucht. Winddruck soll die zahlreichen Broschüren des ID-Archiv Amsterdam herstellen und AurorA ist die offizielle Vertriebsstelle für diese Publikationen.

Das ID-Archiv wiederum hat im Aug.89 das Interview mit einer Gruppe der radikal als Broschüre herausgegeben. Diese Broschüre kann ganz legal bei AurorA bestellt werden, sie lag auf der Buchmesse in Frankfurt, auf dem Kongreß linker Medien in Amsterdam und liegt hoffentlich weiterhin im linken und alternativen Buchhandel.

Aber um die Broschüre und das Interview geht es den Bütteln angeblich gar nicht. Sie verrenken sich zu der Annahme, daß der ID in gewissen Bereichen quasi identisch mit der radikal wäre. Sie behaupten, AurorA würde den Vertrieb auch der radikal machen, und Winddruck würde die radikal drucken. In ihrer Logik heißt das "Werbung für eine terroristische Vereinigung" nach § 129a, weil speziell in der radikal Nr.137 (Mai 89) angeblich für die RAF geworben wurde.

Einziges Indiz für diese kühne Behauptung: einer ihrer Büttel hat wohl ein Abo, und mit der Nr.138 (Sept.89) bekam er gleichzeitig das Interview zugeschickt. Messerscharf gefolgert: derselbe Vertrieb, dieselbe Druckerei...

UNSERE FAKTEN

wollen wir mit der Einschätzung beginnen, daß die Bullen so tun, als ob sie blöder sind als es ihre eigenen Gesetze erlauben.

Sie haben <u>nichts</u>. Weil sie <u>nichts</u> haben können ! Seitdem die radikal illegal ist - seit 5 Jahren - hat Winddruck die radikal niemals gedruckt und AurorA keine einzige radikal vertrieben.

In Sachen Winddruck sind wir gespannt auf belastende Ergebnisse der Durchsuchung, wie Druckplatten, Schnipsel, Fingerabdrücke, und außerdem sollten die Büttel einen ihrer Gutachter zu Rate ziehen. Der erklärt ihnen den Schwachsinn! In Sachen AurorA sind wir gespannt auf Beweise wie Buchungsunterlagen und den Nachweis für



einen Vertriebsapparat, der laut Rebmann "die weitgestreute Aufgabe der Postsendungen an unterschiedlichen Orten in der Bundesrepublik Deutschland" ermöglichen soll.
In dieser Frage verweisen wir auf das Interview. Dort ist dargestellt wie der Vertrieb der radikal funktioniert.
Zum einzigen Indiz für ihre Konstruktion, hätten wir ein paar wertvolle Tips:
Wir geben zu und gestehen, daß wir tatsächlich einigen Abos zu der Nr.138 das Interview beigelegt haben. Das hätten wir aber auch vorher sagen können. Wir haben das bei solchen AbonenntInnen getan, wo wir davon ausgegangen sind, daß sie nicht neben einem Buchladen wohnen und evtl. nichtmal mitbekommen, daß es ein Interview gibt. Wir haben das Interview nicht verkauft sondern verschenkt, weil wir es gut finden, und weil wir lebendige Drähte zu den AbonenntInnen der radikal haben wollen. Das weiß auch der Bulle aus dem Begleitschreiben seines Abos. Er kann auch wissen, daß wir das weiterhin tun werden, wenn wir das für richtig halten.
Auf die heikle Frage, woher wir denn diese Interviews bekommen haben könnten, läßt sich wie folgt antworten:

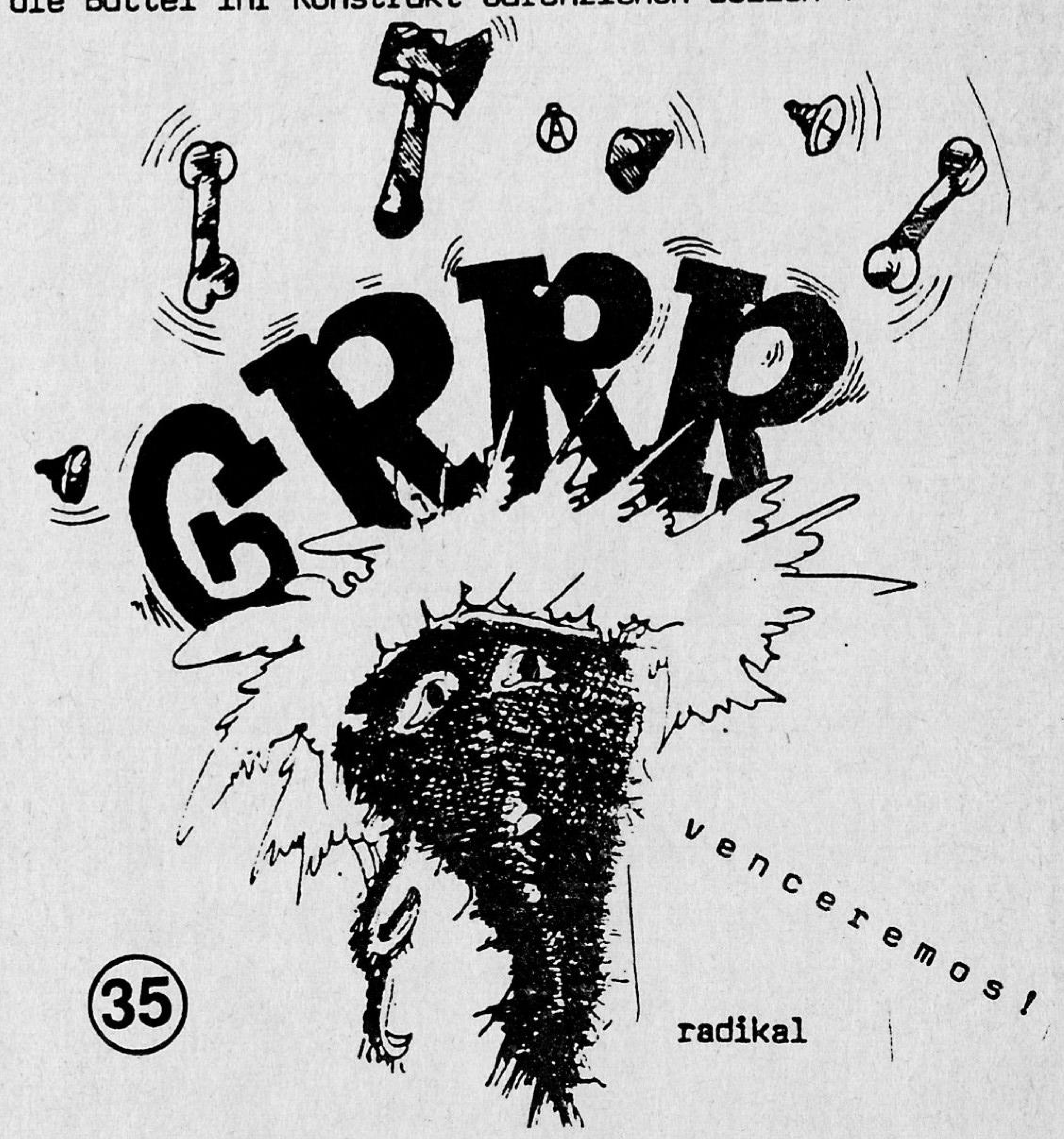
* Auf der Buchmesse in Frankfurt hat Paul einen Stapel gekauft, während der Bundeskanzler in der Nähe gefilmt wurde.
* Nina hat einen Stapel vom Kongreß "Europa gegen den Strom" in Amsterdam mitgebracht.
* Hajo ist durch 10 Buchläden getigert, um dort jeweils ein paar Interviews käuflich zu erwerben. Weil das nicht ausreichte, tat es ihm Ingrid woanders gleich.
* Sie sind plötzlich vom Himmel gefallen und wie zufällig in die Umschläge für die Abos geschlüpft.

Bevor es langweilig wird, hören wir lieber auf. Bitte wahlweise ankreuzen und/oder mischen. In dem Zusammenhang verweisen wir nochmal auf das Interview: schriftliche Fragen wurden schriftlich beantwortet.
Zusammenfassend läßt sich sagen: wir warten auf das nächste Indiz und hoffen, die Büttel geben sich dabei mehr Mühe.

EINE EINSCHÄTZUNG

fällt uns relativ leicht, weil es immer dasselbe Lied ist. Wir können uns nicht vorstellen, daß die Bullen wirklich so blöd sind, wie sie tun. Aber was dann, sind sie nicht ausgelastet oder wollen sie ihre chronische Erfolglosigkeit vernebeln ?
Wir kommen zu dem Schluß, daß es in erster Linie um Abschreckung geht, weil gesäte Angst hier oder dort, mal mehr mal weniger Früchte trägt. Z.B. verschwindet das Interview an manchen Stellen unterm Tisch, obwohl es gar nicht gemeint ist.
Die Linke hat sich daran gewöhnt, daß bestimmte Schriften nur noch unter dem Ladentisch oder von Hand zu Hand weitergegeben werden. Allein diese Tatsache nimmt z.B. kriminalisierten Zeitungen und Büchern einen großen Teil ihrer Wirkung, weil sie deshalb über einen begrenzten Kreis von Leuten nicht hinauskommen. Politische Inhalte, die nicht frei zugängig sind, können schwer ausufern, und das stellt den Sinn einer kriminalisierten Zeitung oft in Frage. Solange eine solche Zeitung im "Untergrund" oder innerhalb einer Szene bleibt, solange sie keine neuen Leute erreicht, ist sie den Bütteln begrenzt gefährlich.
Mit dem Interview hatten wir einerseits die Absicht, nach 5 Jahren unsere Arbeit, unsere Gedanken, unsere Ziele vielen zu vermitteln. Genauso wichtig war uns, daß dieses Interview legal und öffentlich vertrieben wurde. Wir haben das als Versuch verstanden, etwas von unter dem Ladentisch hervorzuholen und offen sehbar für alle zu verteilen. Also als einen offensiven Schritt gegen die Kriminalisierung und verordnete Wirkungslosigkeit radikaler Schriften.
Es hat geklappt. Das Interview ist in 3facher Auflage gedruckt worden, es lag und liegt in vielen Läden auf dem Tisch. Wir haben das Gefühl, daß wir darüber deutlich mehr Leuten vermitteln konnten, was wir überhaupt in der Birne haben. Und wir sehen an der Aktivität von Leuten, daß die von uns beschriebenen autonomen Strukturen ihnen kein Fremdwort sind. Der Inhalt und die Verbreitung des Interviews haben deutliche, positive Auswirkungen auf die Arbeit mit der radikal.
Gegen diese Entwicklung richtet sich die Abschreckung der Büttel. Sie wollen sagen: was wir verbieten, gehört nicht in die Öffentlichkeit. Welche diese Regel nicht beachten, bekommen den § 129a am Beispiel der Betroffenen vorgehalten. 129a bedeutet Gesinnungsjustiz, Willkür, Rache - Abschreckung eben. Welche sich fügen, dürfen andere politische Schriften relativ streßfrei verteilen, welche sich auflehnen, denen wird gedroht.
Es geht gegen den ID, weil die GenossInnen in vielen Veröffentlichungen kriminalisierte Texte verbreiten. Es geht gegen die radikal, weil trotz Kriminalisierung ein funktionierender Vertrieb aufgebaut wurde und weiter wird. Aber das ist uns zu vordergründig, denn ihre Abschreckung zielt gegen alle politischen Strukturen, die veröffentlichen und verbreiten, was in der Vergangenheit kriminalisiert wurde und in der Zukunft verboten werden wird.
Abschreckung wirkt nicht, wenn sie bewußt ist und wenn sich viele dagegen organisieren. Die Repression kann zum Bumerang für die Büttel werden, wenn viele gemeinsam handeln und ihren Zweck entlarven.

Wir rufen euch dazu auf, euch zusammenzutun, und den Spieß umzudrehen !
Wir wünschen allen Betroffenen starke Nerven, Durchhaltevermögen und vor allem die nötige Solidarität, wenn die Büttel ihr Konstrukt durchziehen wollen !



VOLKSZÄHLUNGSBOYKOTT

das Kann's doch nicht gewesen sein

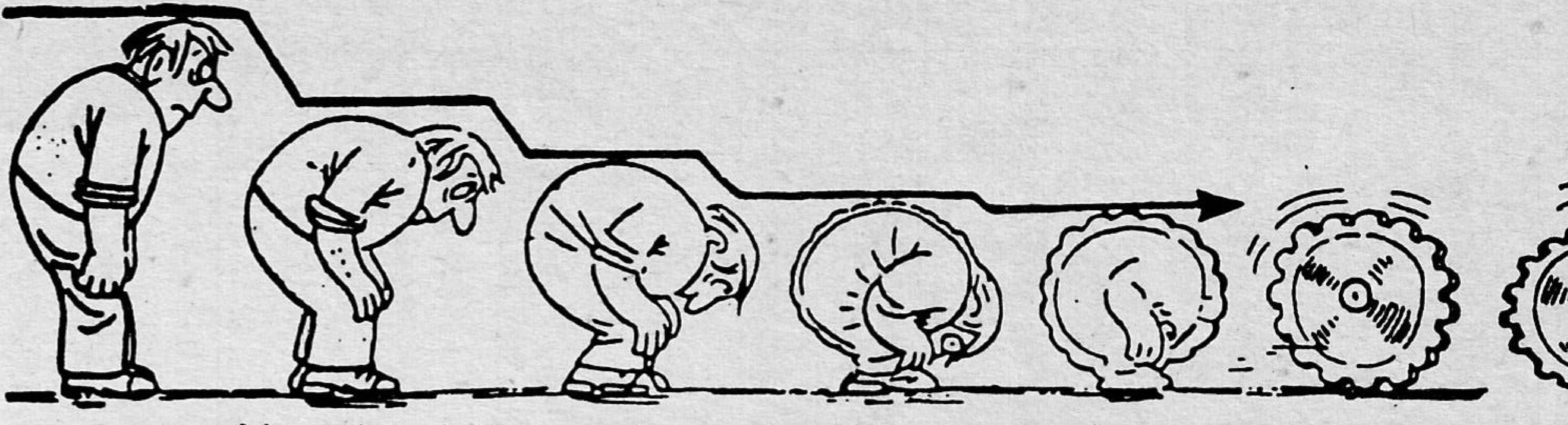
seit dem frühjahr '89 werden in berlin-west erneut die prozesse gegen die boykotteurInnen der volkszählung geführt. die im herbst '88 begonnene prozeßwelle wurde zunächst unterbrochen, um ein richtungsweisendes urteil des kammergerichts abzuwarten. in aussicht stehen 4500 prozesse, (so groß, so klein - so hoch so niedrig ist die anzahl derer, die rechtzeitig einspruch eingelegt haben).

noch im winter '88 prangerte die AL während des wahlkampfes den durchleuchtungsstaat an. doch entgegen der hoffnung ihrer wählerInnen und einiger nichtwählerInnen drängt sie nun innerhalb der koalition nicht darauf, eine weisung zur einstellung der laufenden verfahren an das statistische landesamt zu geben. nun als partnerin der SPD

scheinen sie sich nicht mehr daran errinnern zu können, daß sie noch während der koalitionsverhandlungen darauf bestanden, daß alle rechtlichen möglichkeiten ausgeschöpft werden:"...die durchführung von strafverfolgungs- und verwaltungszwangsmaßnahmen (bußgeldverfahren) im zusammenhang mit der volkszählung zu beenden."

die unbeugsamen, die nicht doch noch nachträglich ihre kreuzchen gemacht haben, finden sich mit einem bußgeldbescheid von 1500,- (gemessen am durchschnittlichen einkommen der/s bundesdeutschen bürgerIn von 2800-3000 maak,haha) vor dem kadi wieder. dort werden sie ungeachtet der erzählten oder nicht erzählten geschichte verurteilt. angabe von name, wohnort und geburtsgatum, net wahr! die angabe des einkommens kann zur herabsetzng des bußgeldes führen, sofern es niedriger als siehe oben ist.

gewöhnlich wird die buße ins verhältnis zum einkommen gesetzt - die politische gesinnung des richters läßt sich an der abweichung des urteils nach oben bzw nach unten ablesen.



die einschätzung des vobo-büros, mit dem wir uns mal zusammengesetzt haben, ist, daß der juristische weg bisher zu keinem erfolg für die boykotteurInnen geführt hat. dennoch ist vor gericht auf einiges zu achten:

- massig auftretende formfehler (z.b. fehlendes geburtsdatum und nichteinhalten der anhörungsfrist bei den bußgeldbescheiden usw)

genaueres dazu könnt ihr im einstellungsbeschluß des verfahrens 2460WI153/89 vom 1.9.89 am amtsgericht tiergarten nachlesen. dazu und auch für andere fragen steht euch das vobo-büro mittwochs von 18-20h im mehringhof, gneisenaustr. 2a, tel.: 6941516 zur verfügung.

- veröffentlicht eure gerichtstermine und teilt dem vobo-büro die urteile mit.

-zahlt auf keinen fall die verhängte geldbuße. es wäre doch schade, wenn wir es denen im senat, die gerade bereuen das wort volkszählungsboykott jemals ausgesprochen zu haben, so leicht machen würden. wenn sie glauben, mit den bußgeldern wäre endlich ruhe im land, sollen sie sich geirrt haben. wenn alle nicht bezahlen wird der boykott wieder offensiv.

falls sie die verhängten geldbußen noch eintreiben wollen, müssen sie erzwingungshaft verhängen. falls ihnen das nicht von vorneherein zu blöd ist, könnten wir uns dann ein öffentliches gemeinsames "einfahren" -z.b. eine demo, als begleitung der gebeutelten zum knast- vorstellen. vielleicht habt ihr noch andere/bessere ideen.

Organisiert euch!
Ihr seid nicht allein!
Keine vereinzelung vor gericht und sonstwo!



Bildet banden!!!!!!!
pssssst

eure erika mustermann

AUS TEGEL

seit dem 15.9.89 befindet sich ein gefangener in haus II in tegel im arbeits- und hungerstreik. anlaß dafür war die verweigerung der genehmigung von urlaubstagen, die er beantragt hatte, um seine gemeinsam mit seiner im august verstorbenen mutter bewohnte wohnung auflösen zu können. in seinen briefen an sozialdienst, anstaltsleitung, senatsverwaltung und justizsenatorin beruft sich peter gerwien immer wieder darauf, daß er schließlich von dem anläßlich der beerdigung genehmigten urlaub ganz vorschriftsmäßig pünktlich und nüchtern zurückgekommen sei, das verhalten der zuständigen stellen also nicht mal nach ihrer paragraphenlogik sinn mache.
mitgefangen skizzieren die dem vorgang innewohnende folgerichtigkeit so: es ist beliebte praxis, gefangene immer wieder gerade in emotional sowieso schon stressigen situationen in die enge zu treiben. manchmal wird dies ganz pädagogisch damit begründet, sie müßten im rahmen 'erfolgreicher resozialisierungsbemühungen' eben auch lernen, mit enttäuschungen und grenzen des für sie erreichbaren fertig zu werden. diesen stünden sie später draußen ja auch gegenüber und könnten dann nicht jedesmal 'ausrasten'. somit handelt es sich bei der bemerkung des gruppenleiters "wollen sie ihrer mutter folgen? dann weiter so, niemand wird sie hindern." nicht um blanke menschenverachtung sondern um angewandte pädagogik.
tieferer sinn dieser pädagogik jedoch ist es, die gefangenen zu demütigen alles hinnehmenden marionetten zu machen. besser noch: sie dazu zu bringen, daß sie zum erringen persönlicher vorteile mit der macht kollaborieren, also mitgefangene verpfeifen, infos über einzelne gefangene und die kontakte untereinander liefern.
diese pädagogischen maßnahmen sind mitverantwortlich für das denunziantInnentum in den knästen. durch die fehlende solidarität und unterstützung von drinnen und draußen kann d[illegible] gefühl des ausgeliefertseins kaum etwas entgegengesetzt werden.
bei aller berechtigten kritik daran, daß solche einzelaktionen in der regel auch nur der durchsetzung einzelner interessen dienen, darf es nicht möglich sein zu ignoriemen, daß sie gleichzeitig für den einzelnen gefangenen ein offensiver schritt sind, im versuch nicht in den mühlen des justizapparats vernichtet zu werden.
hungerstreiks und andere widerstandsaktionen einzelner gefangener gegen die willkürentscheidungen der justiz und ihrer handlangerInnen sind alltag in den knästen. ob wir draußen davon erfahren oder nicht, ist oft eher zufällig -

und was tun wir, wenn wir es wissen?!

~~Der Leiter der~~
Justizvollzugsanstalt Tegel

BERLIN

~~Der Leiter der~~ Justizvollzugsanstalt Tegel
Seidelstraße 39, D-1000 Berlin 27

Herrn
Wolfgang Rybinski
- z.Zt. Teilanstalt III -

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
- 443 dE - TAL III - 2101/89
Telefon App.-Nr.
(030) 4383-0 (Verm.) 242/243/203
(030) 4383 (Durchw.)
93371 (intern)
Telefax (030) 4383120

Datum
31 Oktober 1989

Sehr geehrter Herr Rybinski!

Ich habe mit heutigem Datum gegen Sie Strafanzeige erstattet und gleichzeitig bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin Strafantrag gestellt, da in den von Ihnen als offene Briefe deklarierten Schreiben vom 29.9. und 6.10.1989, die den Ausgaben Nr. 73 und 74 des "Wöchentlichen Berlin-Info, Interim" zu entnehmen sind, neben einer Beleidigung ggf. noch andere Straftatbestände vorliegen.

Hochachtungsvoll
Lange-Lehngut
Leitender Regierungsdirektor

Beglaubigt:

ERKLÄRUNG ZU DEM VORFALL IM VEREIN SO 36IN DER CUVRYSTR. 1/36

Wir, einige UnterstützerInnen der Lübbenerstr. 25-29, besuchten am 6.11.89 den Mieterladen in der cuvrystr. , um Informationen, d.h. eine Liste der vorherigen BewohnerInnen rauszuholen. Dies war eine praktische Unterstützungsaktion, um Kontakt zu den umgesetzten MieterInnen der Lübbi 25-29 zu bekommen. Und nicht wie der Verein SO 36 behauptet, sie einzuschüchtern! Es geht nicht darum, den Vorherrigen MieterInnen die Wohnungen wegzunehmen, oder sie gar unter Druck zu setzen, wie die Schreibtischtäter vom Verein SO36 behaupten, sondern am Beispiel der geplanten Profitträchtigen Luxusmodernisierung in der Lübbi 25-29 aufzuzeigen, wie hier UmsetzmieterInnen gegen die BesetzerInnen ausgespielt werden sollen.

Wir wissen, daß ca. 80 % der MieterInnen nicht zurückziehen wollen. Der Verein SO36 verweigerte jede Info um Kontakt herzustellen. Hysterrisch reagierten sie auf eine, vor einigen Tagen geforderte, Herrausgabe der Namenslisten.

Der Verein So36 wurde gezielt als Antwort auf die BesetzerInnenbewegung geschaffen und um die städtebaulichen Interressen des Senats (Kapitals) durchzusetzen. Der Bruch zwischen MieterInnen und Vermietern mußte überbrückt werden. Der Verein startete regelrechte Volkszählungen um Einblick über die BewohnerInnenstruktur zu bekommen. Aufgrund dieser Daten bauten sie ihre Arbeit auf. Ziel ist durch die scheinbare Einbeziehung der MieterInnen, wie Mitspracherecht, die Sanierung bzw. Modernisierung ohne größere Schwierigkeiten durchziehen zu können (behutsame Stadterneuerung). MieterInnen-interessen, die mit ihren nicht übereinstimmen werden übergangen.

Die Reaktionen auf diesen versuchten Aktenklau zeigen, wie diese Büttel des Kapitals im Chor gegen Menschen vorgehen, die ihre politik entlarven wollen; TAZ , Eva Schweitzer, Volker Härtig(AL) u.a. blasen zur Hetzjagt. Sprüche wie "stoppt sie" und Aufrufe zur alternativen Bürgerwehr kennen wir schon vom 1.Mai! Mit dieser Hetze wollen sie Stimmung machen, um am 1.Dezember die Lübbi 27 zu räumen.

Es geht hier also von uns aus klar nicht gegen Obdachlose, AusländerInnen oder andere sogenannte 'schwache MieterInnengruppen' (Zitat von Eva Schweitzer, TAZ)!

WIR LASSEN UNS NICHT SPALTEN-WOHNRAUM FÜR ALLE!
LÜBBI BLEIBT!
ERSATZWOHNRAUM FÜR DIE BESETZERINNEN BEI BAUBEGINN!
LEUTE BLEIBT HEITER, DER HÄUSERKAMPF GEHT WEITER!
SOZIALSTRATEGEN VERPISST EUCH!

UnterstützerInnen der Lübbi

---

mainzer plenum für die zl
kontext e.v.
leibnizstrasse 24
6500 mainz

01.11.1989

MAINZER ZL-PLENUM LÄDT EIN

lesen, kopieren, weitergeben

38

liebe genossinnen und genossen,

das mainzer plenum für die zl und der verein kontext bereiten für ende januar 1990 einen kongress zu "perspektiven antiimperialistischer politik" vor. wir wollen diesen kongress gemeinsam mit allen interssierten menschen, gruppen und zusammenhängen aus rhein main vorbereiten und durchführen.
eingeladen zur diskussion und auseinandersetzung haben wir auch die politischen gefangenen aus der brd und einige in anderen europäischen knästen. zum kongress eingeladen werden auch vertreter und vertreterinnen von befreiungsbewegungen in der dritten welt.

anbei findet ihr unser papier, das wir geschrieben haben und an dem wir uns vorstellen können, die diskussion zu beginnen.

die weitere inhaltliche vorbereitung und konkrete durchführung wollen wir mit möglichst vielen gruppen und interessierten menschen gemeinsam organisieren. deshalb laden wir zu einem vorbereitungstreffen ein: am 18. november '89
um 14 uhr
in der esg mainz (evangelische studentengemeinde), am gonsenheimer spiess 6,
(rotes backsteingebäude gegenüber der uni)

wir hoffen, dass viele menschen hier in die diskussion mit einsteigen, unsere idee des kongresses aufnehmen und die debatte über die perspektiven des widerstandes in einem kollektiven prozess mit organisieren.

mit revolutionären grüssen aus mainz

das plenum und kontext

Do. 16.11.

9.15 **Prozeß gegen Jörn**
(Gefangener vom Ersten Mai),im Amtsgericht Tiergarten, Turmstr., Raum 138.

17.00 **Unbeschreiblich weiblich,**
Videofilm, Projektgruppe Lilith und Medienwerkstatt Wien,'73, im El Locco.

18.00 Autonomes Seminar zum **Baskenland** gebildet werden Arbeitsgruppen zu: Frauen, Knast/Aufstandsbekämpfung, Regionalismus/Europa, militante Bewegung, ArbeiterInnen-/Gewerkschaftsbewegung, in der Schweinemensa.

19.00 **"The pigs",**
"Ach Viola"
"Lokomotive Kreuzberg"
3 Filme unter dem Motto Kreuzberger Kiezkoller 1970 - 1975, im El Locco.

20.00 **VV zur Großoffensive der FMLN in El Salvador,**
im Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.

21.00 **"Allein machen sie dich ein"**
Film vom Rauch-Haus-Kollektiv von '73, im El Locco.

21.00 + 23.00 **Gentechnik**
- Manipulation als Geschäft,
Der Samenkrieg.
Beobachtungen aus dem Agro-business,
Hybridweizen,
3 Filme gegem Gentechnologie im Polit-Kino im KOB, Potsdamerstr. 159.

jeden Do.

18.00 **Gruppentermin des ASTI**
(anarchistische Gruppe) im A-Laden

20.00 **Volksküche**
im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29

Fr. 17.11.

19.00 **Antifa-Kiezpalaver Wedding,**
im Cafe Oromo Olayaana, Prinzenallee 80, U-Bhf. Pankstr.

19.00 AG Sylter Straße: **Umstrukturierung in der Gesundheitsindustrie**
Transplantations- und Gentechmedizin, im Laden Birkenstr. 34 in 1-21

19.00 Treffen für eine **Kampagne gegen Braun** (Häuserspekulatius) in Neukölln,
siehe Flugi in diesem Heft

19.00 **Vorbereitungstreffen** für eine Demo vor dem Rathaus Schöneberg am So. 19.11. Es rufen auf: Mitglieder der Umweltbibliothek Berlin, Arche - Projektgruppe Luft, Mitglieder der Kirche von Unten. Siehe Flugi im Heft.

Sa. 18.11.

18.00 **Treffen der Radikalen Linken**
im Versammlungsraum, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.
Siehe Interim 77/78

jeden Sa.

Frauentag und ab
18.00 FrauenKiezcafe
im Infoladen Lunte.

16.00-20.00 **Antifa-Info-Telefon 692 15 99.**
Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

So. 19.11.

14.00 **Demo vor dem Rathaus Schöneberg.** Siehe Fr. 19.00 und Flugi im Heft

14.00 - 18.00 **ArbeiterInnenversammlung**
im Blauen Salon, Mehringhof

jeden So 14.00 Neuköllner Kiezküche
im Syndikat, Weisestr., 1-44.

16.00 **Frauenkiezküche**
im Falckeladen. **Kinder sind erwünscht.**

ab 18.00 **Kiezküche**
im Anfall, Gneisenaustr. 64

jeden Mo.

18.00 - 20.00 **Antifajugendcafe**
im Infoladen Lunte.

20.00 **Volksküche**
im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

jeden Di.

19.00 **Gruppentermin der FAU**
(Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden.

20.00 **Film &&&,**
im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Mi. 22.11.

21.00 **im Herbst der Bestie,**
Video zu den Anti-IWF-Tagen '89, Eintritt 3.-,
im Kiezpalast, Cuvrystr. 20, 1-36.

Mi. + Do. 21.00 + 23.00 **"Die Gentechnik entläßt ihre Kinder"**
"Petunien mit Restrisiko",
Filme im Polit-Kino im K.O.B.

jeden Mi.

17.00 **"Strafvollzug in der BRD und Westberlin"**, autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

Do. 23.11.

18.00 **Adelante,**
Silvia Sarria + Iràn Mayorga berichten über **Arbeit und Organisation in Nicaragua.** Veranstaltung im Mathegebäude der TU, R 041.

22.00 **Frauen-VV zum Internationalen Widerstandstag gegen Gewalt gegen Frauen** am 25.11.
im Versammlungsraum, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.
Siehe Interim 78, S.27.

Fr. 24.11.

19.00 **Landlosenbewegung in Brasilien,**
12 Mio. vom Land vertriebene Menschen, Landbesetzungen in ganz Brasilien
Ziele - Vorstellungen - Hoffnungen.
Information und Diskussion mit Alceu Campigotto und Arnildo Fritzen, 2 Vertreter der Landlosenbewegung, im Gemeindehaus St. Thomas, Bethaniendamm 29, 1-36.

Liebe DDR-Bürgerinnen und Bürger !

Folgende Anzeige einer Privatbank erschien am 8. Oktober 1989 in der West-Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel":

Kaminizi

mit Erlaubnis Kaiser Lothars erbaut im Jahre 1136 und ausgestattet mit einer städtischen Verfassung und dem Privileg von eigenen Marktrechten. Das Bleichmonopol brachte wirtschaftlichen Aufschwung als Industrie-und Handelsstadt. In Kaminizi liegen bedeutende Wurzeln der Industrialisierung Deutschlands. Aus Kaminizi wurde Chemnitz. Unter diesem Namen kennen wir die Industrieperle Sachsens noch heute. Im Dreißigjährigen Krieg völlig niedergebrannt, konnte sie sich fünfzig Jahre danach wieder erholen: Strumpfwirkereien, Lein- und Baumwollwebereien standen erneut in Blüte. Die erste Zugdruckerei wurde 1770 und der Maschinenbau 1826 gegründet. Von da an begann Chemnitz seine einzigartige Entwicklung zur führenden Industriestadt in Deutschland, zum „deutschen Manchester": Metallverarbeitung, Spinnereien, Zwirnereien, Web- und Wirkwarenfabrikation, Lokomotiv- und Dampfkesselbau, Strümpfe und Trikotagen.

Berühmt wurde Chemnitz mit seinen mechanischen Webstühlen, seinen Spinnerei- und Strickmaschinen, seinen Brauereieinrichtungen. Unübertroffene Spitzenprodukte, die in allen Ländern der Welt begehrt waren. Auch in der Umgebung von Chemnitz befanden sich Spitzenindustrien: Jena mit den optischen Zeiss-Werken, Dresden, wo die erste Spiegelreflexkamera der Welt entstand, Dessau mit dem ersten Ganzmetallflugzeug der Welt und der legendären Ju 52, Zwickau mit Horch, Audi, DKW und Wanderer, weltbekannte Automarken, oder Erfurt mit seinen Büromaschinenwerken, Merseburg und Wolfen mit der weltberühmten Öl- und Kohleforschung.

Dieses mitteldeutsche Gebiet war ein Zentrum der deutschen Spitzentechnik, mit einem Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung, das höher lag als in allen anderen Teilen des Deutschen Reiches. Hervorragend ausgebildete Facharbeiter, Techniker und Ingenieure. Vom Export technischer Spitzenprodukte des Deutschen Reiches entfielen mehr als 50 % auf dieses Gebiet.

Die Kommunisten unter Walter Ulbricht fanden ein hochentwickeltes und leistungsfähiges Land vor, als sie 1945 dort die Macht übernahmen. Hervorragende Bedingungen für den Wiederaufbau. Besser als in Bayern, wo noch die Lederhosen dominierten, auch besser als im demontierten Ruhrgebiet der Schwerindustrie. Aber was taten die Kommunisten? Mit einer ideologischen Borniertheit ohnegleichen vertrieben sie die technische Intelligenz und verweigerten sich dem arbeitsteiligen Weltmarkt.

Chemnitz, dieser fleißigen und erfindungsreichen Stadt, gaben sie nach 700 Jahren den Namen eines Mannes, der pragmatische Arbeit scheute wie der Teufel das Weihwasser, der Dauergast der Londoner Pfandhäuser war, der Schulden machte und seine Freunde anbettelte und der keine Scham empfand, ein großbürgerliches Leben auf Kosten anderer zu führen: Karl Marx. Eine Verhöhnung der Arbeiter von Chemnitz, ihre Stadt in „Karl-Marx-Stadt" umzubenennen.

Noch heute lebt die industrielle Tradition bei den Menschen in Sachsen. Ein wichtiger Unterschied zu Polen, Rußland und Ungarn. Würden die Grenzen beseitigt, der Austausch von Menschen und Gedanken wieder ermöglicht, die Gewerbefreiheit eingeführt und das Privateigentum wiederhergestellt: es wäre nicht zu bezweifeln, daß diese Menschen in wenigen Jahren den Anschluß zur Spitze fänden. Und Investitionskapital wäre in Westeuropa mehr als reichlich vorhanden. Ohne staatliche Eingriffe würde es dorthin fließen. Statt in den USA oder anderen fernen Ländern zu investieren, die selbst genug Kapital besitzen, könnten die Westeuropäer, insbesondere die Westdeutschen, vor der Tür ein hochinteressantes Industrieland beleben, könnten wir unseren Landsleuten helfen, wieder den Anschluß zu finden.

Und was würde aus dem Marxismus werden? In der sowjetischen Zeitung „Nowyj Mir" fordert Igor Kljamkin die Beseitigung des gesamten kommunistischen Systems; die Ideologie sei abzureißen – nicht zu reformieren. Und die russische Ökonomin Tatjana Saslawskaja lobt die Marktwirtschaft als „der Planwirtschaft turmhoch überlegen". Vergessen wir nicht: Marktwirtschaft gibt es nicht ohne Gewerbefreiheit, nicht ohne Wettbewerb und Privateigentum. Daher gibt es im Sozialismus nichts zu reformieren.

Churchill meinte, die Demokratie sei die schlechteste Regierungsform überhaupt – mit Ausnahme aller anderen, mit denen man es von Zeit zu Zeit versucht hat. Dieser Ausspruch gilt auch für die Marktwirtschaft: sie ist die schlechteste Wirtschaftsform überhaupt – mit Ausnahme aller anderen Wirtschaftsformen, mit denen man es von Zeit zu Zeit und da und dort versucht hat.

Hoffen wir, daß aus „Karl-Marx-Stadt" wieder Chemnitz wird – überall in der Welt, wo es „Karl-Marx-Städte" gibt.

Nürnberger Straße 61 – 62, Berlin 30, Telefon 21 99 05-0



Selten haben die westdeutschen Kapitalisten so kraß und deutlich gesagt, was sie sich von Reformen und Veränderungen in der DDR versprechen.

Die BRD ist ein Staat mit einer ungeheuren Wirtschaftsmacht. Was Ihr hier zuerst seht, ist ein Überfluß an Gütern, ein immenser Reichtum. Was Ihr noch nicht seht, ist der Unterschied zwischen denen, die zuviel Geld haben und denen, die zuwenig haben, zwischen denen die Arbeit haben, und denen, die seit Jahren arbeitslos sind und zwischen denen, die fette Villen haben und denen, die keine Wohnung mehr finden. Dieser Unterschied ist ungleich größer als der zwischen Wandlitz und dem Prenzlauer Berg.
Es kann keine gleichberechtigte Zusammenarbeit der DDR-Wirtschaft mit dem BRD-Kapital geben. Wenn die Weberbank von Investitionen schreibt, meint sie, Eure Betriebe aufzukaufen. Anschluß an den Westen zu finden, würde für die DDR heißen, Anschluß an die Kehrseiten des Kapitalismus zu finden. zum deutschen Billiglohnland zu werden, weil Euch die "Investoren" die wirtschaftlichen Bedingungen diktieren würden. Ihr würdet wie im Westen unter der ständigen Drohung arbeiten, daß der Besitzer den Betrieb schließt, wenn Ihr ihm nicht mehr genug Profit erwirtschaftet.

Werft Eure sozialen Errungenschaften nicht weg!

Gestaltet Euer Land um, wie Ihr es haben wollt, aber laßt Euch nicht kaufen! Laßt Euch Euren Stolz nicht abkaufen, für einen momentanen Vorteil!

Die westlichen Reps und Nazis triumphieren schon - so als ob sie die DDR schon im Griff hätten.

Wehren wir uns gemeinsam gegen eine schamlose "kapitalistische Wiederveinigung"